

**Bibliothek
des Instituts für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel**

Signatur

A 9595

Ein Beitrag zur Erörterung
des
deutschen Handelsgesetzbuches.

Von

Moriz Mohl,

Mitglied der württemb. Kammer der Abgeordneten.



Stuttgart, Verlag von Samuel Gottlieb Liesching.

1179
2

Ein Beitrag zur Erörterung
des
deutschen Handelsgesetzbuches.

Ein Beitrag zur Erörterung
des
deutschen Handelsgesetzbuches.

Von

Moriz Mohl,

Mitglied der württemb. Kammer der Abgeordneten.



Stuttgart.

Verlag von Samuel Gottlieb Liesching.

1857.

q/



Schnellpressendruck von J. Kreuzer in Stuttgart.

V o r w o r t.

Unter den Materien, welche in einem deutschen Handelsgesetzbuche zu behandeln sind, dürften wenige von so großer und so tief eingreifender Bedeutung sein, als die Fragen, welche sich auf die Actiengesellschaften überhaupt, und auf die Actien-Banken insbesondere beziehen. Namentlich aber erscheinen die Fragen, welche die Commandit-Actien-Gesellschaften und die Banken in dieser Gesellschaftsform betreffen, von besonders hohem Interesse. Hätten die Verhältnisse, deren in dem ersten der nachstehenden Aufsätze erwähnt ist, es dem Verfasser gestattet, so hätte er gewünscht, einige dieser Fragen in einer gründlicheren wissenschaftlichen Arbeit abhandeln zu können. Bei dem Drange der Zeit sah er sich auf die Andeutung seiner Ansichten über dieselben in den beifolgenden sieben Aufsätzen beschränkt, welche im „Beobachter“ vom 9. bis

zum 19. September erschienen sind. Möchten sie auch in dieser flüchtigen Form von dem sachkundigen Publikum und von den zur Mitwirkung an der deutschen Handelsgesetzgebung Berufenen einer eingehenden Prüfung gewürdigt werden, auf welche den Verfasser die hohe Wichtigkeit des Gegenstandes hoffen läßt.

Stuttgart, den 19. September 1857.

Moriz Mohl.

1.

In verschiedenen Blättern wurde das Geheimniß, in welches die Verhandlungen über diese Nationalangelegenheit gegenüber von dem größeren deutschen Publikum bis jetzt gehüllt worden, und der Geschäftsgang, welcher dafür eingeschlagen wird, übereinstimmend bedauert. Wie es uns scheint, nicht ohne Grund. Es sollen drei Lesungen des Entwurfs beschlossen sein. Diese Einrichtung ist wohl unter allen Umständen nothwendig. Sie hätte aber ohne Zweifel noch einen weiteren besonderen Werth, wenn nach jeder Lesung die Protokolle über die betreffenden Verhandlungen und der Entwurf, wie er sich durch diese Lesung gestaltet hat, der Öffentlichkeit übergeben würden, und wenn dadurch den Männern der Wissenschaft und des Lebens in den Gebieten der Staatskunst und der Staatsverwaltung, der Rechtspflege und der Volkswirtschaft, der Gewerbe und des Handels die Möglichkeit gegeben würde, von dem Verhandelten und den Entwürfen rechtzeitig Einsicht zu nehmen und sich darüber zu äußern. Am meisten dürfte wohl die Veröffentlichung derselben nach der ersten Lesung sich empfohlen haben, da eine Abänderung des Beschlossenen um so leichter wird, in einem je früheren Stadium sie angeregt werden kann. Ein solcher Gang der Sache wurde nach der in Nürnberg vorgenommenen ersten Lesung der Bücher I (vom Handelsstande), II (von den Handelsgesellschaften) und III (von den Handelsgeschäften) in dem für den Gegen-

stand sich interessirenden deutschen Publikum um so zuversichtlicher gehofft, als verlautete, daß das Buch IV (vom Seehandel) von der Conferenz in einer deutschen Seestadt berathen werden werde, und als ein solches Intermezzo der Nürnberger Verhandlungen, dessen Angemessenheit aus inneren Gründen allgemein einleuchtete, die erforderliche Zeit für die gewünschte Bekanntmachung und öffentliche Beurtheilung der ersten Lesung der Bücher I—III darzubieten schien. Auch ist die Abfassung eines Handelsgesetzbuchs für etlich und 70 Millionen Menschen denn doch wohl kein so dringliches Geschäft, daß der Zweckmäßigkeit nicht der Vorzug vor der Eile gebühren dürfte und daß das Licht der Oeffentlichkeit einer etwas schnelleren Erledigung des Geschäftes aufgeopfert zu werden verdiente. Die Oeffentlichkeit wird aber im vorliegenden Falle keineswegs ersetzt durch die Mittheilung der Verhandlungen und des Entwurfs, wie sie die erste Lesung ergeben hat, an die Handelskammern der einzelnen Länder. Abgesehen davon, daß diese Mittheilung z. B. in dem Lande des Einsenders erst in der zweiten Hälfte des August, in einem einzigen Exemplare für jede Handelskammer und mit der Aufforderung stattfand, ihre Aeußerung so zu beschleunigen, daß sie bei der auf 15. September anberaumten zweiten Lesung in Nürnberg benützt werden könne; abgesehen davon, daß bei einem solchen Verfahren kaum die Berichterstatter der Handelskammern von den Verhandlungen und dem Entwurfe Kenntniß nehmen können; daß auch diese in so kurzer Zeit nur eine oberflächliche sein kann; daß von tiefergehenden Studien über den Gegenstand des Verhandelten, von einer allseitigen, reifen Würdigung desselben selbst bei ihnen, geschweige denn bei den übrigen Mitgliedern der Handelskammern, die Rede nicht sein kann; abgesehen von den Nachtheilen einer solchen eiligen Behandlung derselben bei den Handelskammern, welche allerdings

schon früher über den preussischen Entwurf eines Handelsgesetzbuchs (wiewohl auch über diesen, wenn wir nicht irren, in der Eile) gehört worden sind, welchen aber doch die reifste Erwägung des in Nürnberg Verhandelten, Beschlossenen und Redigirten hätte ermöglicht werden dürfen; — abgesehen von dieser ganzen Behandlungsweise, welche den Werth der Gutachten der Handelskammern nothwendig bedeutend abschwächt, bleibt dieses Verfahren jedenfalls deshalb ein ungenügendes, weil es die Kenntnißnahme von dem über diese Nationalangelegenheit Verhandelten und Entworfenen zwischen die vier Wände der Handelskammern bannt. Denn die Handelskammern sind selbstverständlich nicht die Nation, sie sind nicht einmal der Handels- und Gewerbestand, und es handelt sich übrigens auch nichts weniger als nur von den Rechten und Interessen dieser Stände allein, sondern von gesellschaftlichen und staatlichen Interessen der vielseitigsten und wichtigsten Art. Es könnte wohl keine unrichtigere Auffassung geben, als wenn man wähnte: das Handelsgesetzbuch gehe ja doch zunächst nur die Handel- und Gewerbetreibenden an; wenn also die Handelskammern, als die Vertreter dieser Stände, gehört seien, so sei Alles geschehen. Gesetzgeberische Arbeiten und Gutachten finden übrigens schon an und für sich in den Handelskammern selten ganz geeignete Kräfte und noch seltener ein hinreichend vorbereitetes Collegium. Die Zeit des Kaufmanns und Gewerbsmanns war und ist gewöhnlich vom vierzehnten Jahre an so vom Geschäftsleben absorbiert, daß die für Gesetzgebungsfragen nothwendigen wissenschaftlichen Studien und Eigenschaften in der Regel darunter Noth leiden mußten. Tritt dieß auch weniger hervor bei Fragen, bei welchen die Kenntniß des im täglichen Geschäftsleben Erfahrenen hinreicht, um die daraus sich ergebenden gesetzgeberischen Schlußfolgerungen zu ziehen und zu begründen, so ist es dagegen um so mehr der Fall bei

verwickelten und solchen Fragen, welche außer dem täglichen kaufmännischen Geschäftsbetriebe in die allgemeinen und mannigfaltigen Interessen der gesamten bürgerlichen Gesellschaft eingreifen. Außerdem aber liegt es, aus leicht begreiflichen Gründen, weniger in der kaufmännischen Anschauungsweise, nach den allgemeinen Interessen, als nach den Geschäften zu fragen, welche sich auf dem Gebiete des Handels machen lassen. Gewiß giebt es hievon Ausnahmen; aber eben so gewiß liegt die Regel in der natürlichen Schwerkraft der Dinge. Darum soll man die Handelskammern hören, aber sie nicht als gesetzgeberische Drakel betrachten. Ein Blick auf den ganzen Sinn und Geist und auf das Treiben, welche seit einigen Jahren in der kaufmännischen haute finance, in der Bank- und Börsenwelt, unter Gründern, Verwaltern und Actienspekulanten der anonymen und vollends gar der Commandit-Actiengesellschaften, der Zettelbanken, Crédits mobiliers, Caissees générales, Eisenbahngesellschaften und zahlloser anderer Actiengesellschaften Platz gegriffen haben; auf die Veränderungen, welche dadurch in der sittlichen Anschauungsweise gerade unter den Committanten des Handels- und Gewerbestandes sich verbreitet haben, — ein solcher Blick sollte übrigens genügen für die Ueberzeugung, daß bei der Begutachtung der staatlich und gesellschaftlich wichtigsten Abschnitte des Handelsgesetzbuches nothwendig auch in einem namhaften Theil der deutschen Handelskammern Mitglieder, und wohl nicht die mindest besitz- und einflußreichen, sich befinden, welche vermöge ihrer persönlichen Stellung, ihres Besitzes und ihrer Speculationen mit ihren Vermögensinteressen bei den einschlägigen Fragen mehr oder weniger betheilt, also Partei sind, und daß daher die Handelskammern unmöglich durchaus unbefangene Rathgeber der Gesetzgebung sein können; daß man sich folglich unter diesem Gesichtspunkte theilweise der Gefahr aussetzen

würde, den Voss zum Gärtner zu setzen, wenn man die Handelskammern allein darüber fragen, ihnen allein Gelegenheit geben wollte, sich darüber zu äußern. Darauf wird nun zwar nicht wohl eine Regierung sich beschränken; man wird vielmehr ohne Zweifel auch die obersten Gerichtsstellen und vielleicht da oder dort einzelne Rechtsgelehrten hören; das Gutachten dieser juristischen Autoritäten, wie der Handelskammern, ist sicherlich ganz unentbehrlich bei einer Gesetzgebung in Handels- und Gewerbsfachen; aber auch das Gutachten der Gerichtsbehörden wird einer Ergänzung bedürfen. Wer sich irgend mit dem Handelsrechte befaßt hat, wird gefunden haben, daß viele Rechtsgelehrte, zumal in Deutschland, das Handelsrecht mehr von seinen formellen als von seinen inneren wirthschaftlichen und von seinen nationalökonomischen und staatlichen Seiten auffassen. Dies ist ja auch der Grund, warum in verschiedenen Ländern, namentlich in den Ländern französischen Rechts und Gerichtsverfahrens, die Rechtspflege in Handelsfachen den Civilgerichten, wenigstens in erster Instanz, entzogen, und kaufmännischen Handelsgerichten oder den Handelskammern übertragen ist, und warum in andern Ländern, wo dies gesetzlich noch nicht stattfindet, der Handels- und Gewerbestand sich vertragsmäßig verbunden hat, vor selbstgewählten Schiedsgerichten aus seiner Mitte Recht zu geben und zu nehmen. So unentbehrlich und in erster Linie nothwendig auch juristische und kaufmännische Arbeiten und Gutachten für die Gesetzgebung auf diesem Felde sind, so sind doch die volkwirthschaftlichen und die sich daran anknüpfenden, sittlichen, gesellschaftlichen und staatlichen Gesichtspunkte von solcher Bedeutung auf demselben, daß eine Geschäftsbehandlung, welche die kaufmännischen und die juristischen Elemente allein zu Rathe zieht, die Deffentlichkeit ausschließt und Alles mit möglichster Eile betreibt, daß eine solche Behandlung, wie es uns scheint, mit

Grund sich nicht der allgemeinen Billigung erfreut. Wie ganz anders verfährt man in dieser Beziehung in England, wo man in den Jahren 1810 bis 1841 nicht weniger als zehn Enquêtes über Banken, in den Jahren 1844 bis 1856 nicht weniger als sechs Enquêtes über die Handelsgesellschaften gemacht hat; einen Gesetzworschlag gewöhnlich erst nach Anstellung mehrerer solcher Enquêtes einbringt; Alles veröffentlicht; in den Enquêtes Männer der verschiedensten wissenschaftlichen und Lebensstellungen schriftlich oder mündlich, häufig wiederholt vernimmt, und z. B. über die Actiengesellschaften Fragen mit der Bitte um Gutachten nach den hauptsächlichsten civilisirten Ländern der alten und neuen Welt an Sachverständige und Körperschaften von Seiten der Untersuchungscommissionen ausgesandt hat; kurz Alles thut, um Jedem, der über die Sache Erfahrungen oder Ideen zu geben weiß, die reichlichste Gelegenheit dazu zu bieten, und durch die vollste Oeffentlichkeit eine contradictorische Erörterung aller einschlägigen Fragen von den verschiedensten Seiten hervorzurufen! Da Alles Menschenwerk ist, so ist damit freilich noch keineswegs verbürgt, daß die britische Gesetzgebung schließlich auch das Richtige wähle; aber ihr Verfahren, den Gegenstand vorzubereiten und Jedermann darüber zu hören, ist wenigstens musterhaft.

Auch der Einsender dieser Zeilen gehört zu dem durch das vorliegende deutsche Verfahren von der Kenntniß des zu Nürnberg Verhandelten ausgeschlossenen profanum vulgus deutscher Nation. Es kennt wohl den ursprünglichen preussischen Entwurf, welcher stückweise allmählich veröffentlicht wurde; aber von dem in Nürnberg bei seiner ersten Lesung Verhandelten und Beschlossenen konnte er nur Weniges, und dieses nur oberflächlich erfahren. Er hoffte seither auf eine Veröffentlichung des letzteren; enttäuscht hierüber bleibt ihm nichts übrig, als

an der Hand des preussischen Entwurfes einige Gegenstände zur Sprache zu bringen, welche er seit Jahren zur Aufgabe umfassender Studien gemacht hat, und welche ihm in dem preussischen Entwurfe nicht glücklich behandelt zu sein scheinen, welche aber von einer großen nationalen Bedeutung sein dürften.

Der in Verhandlung stehende Entwurf eines deutschen Handelsgesetzbuches ist ohne Zweifel bereits die Hoffnung deutscher Speculanten von einer Art, welche die preussische Regierung sicherlich nicht begünstigen wollte, welche aber durch seine Annahme von den Schranken befreit würden, die bis jetzt in den erforderlichen Regierungsconcessionen nach dem Gewohnheitsrechte der meisten deutschen Länder ihrem Treiben noch im Wege standen; auch würden ihre Vorbilder in Paris nicht die letzten sein, sich die Wohlthaten der Wegräumung jener Schranken zur Ausbeutung der guten Deutschen zuzueignen. So wenig dieß in der Absicht der deutschen Gesetzgebung liegen kann, so gewiß dürfte es gleichwohl zutreffen, wenn der preussische Entwurf ohne Abänderung deutsches Handelsgesetzbuch würde.

Die Gefahren, welche wir hier bezeichnen, liegen: 1) in der Nachahmung der französischen Gesetzgebung über die Commandit-Actiengesellschaften (*sociétés en commandite par actions*), welche der preussische Entwurf enthält; und, wenn diese Nachahmung je einmal statt finden sollte, 2) darin, daß der Entwurf nicht diese Form von Actiengesellschaften von einer Staatsgenehmigung, wie die Errichtung anonymen Actiengesellschaften, abhängig macht; oder daß er, wenn er auch dieß nicht wollte, die erstere Form 3) nicht wenigstens für Banken verbietet, ja 4) nicht einmal irgendwo einen Satz enthält, welcher die Ausgabe von Anweisungen auf den Inhaber (Banknoten) von einer Staatsgenehmigung (am besten ausdrücklich von einem Acte der Gesetzgebung des betreffenden Staates) abhängig macht. Letzterer Mangel mag seinen Grund

zunächst darin haben, daß der preussische Entwurf sich formell nur als „Entwurf eines Handelsgesetzbuches für die preussischen Staaten“ bezeichnet; daß in Preußen ein Verbot der Zettelausgabe ohne Staatsgenehmigung längst besteht und das Zettelbankwesen besondern Gesetzen und Regierungsbestimmungen unterliegt; wie auch in Frankreich der code de commerce (vom Jahr 1807) nicht nöthig hatte, ein solches Verbot auszusprechen, da schon das Gesetz vom 24. Germinal des Jahrs XI der Bank von Frankreich das ausschließliche Recht der Zetelausgabe einräumte, und ersterer übrigens mit dem Zettelbankwesen sich schon aus dem Grunde überhaupt nicht beschäftigte, weil letzteres in Frankreich nicht für beständig, sondern nur für eine bestimmte Zahl von Jahren durch besondere Gesetze geregelt wird. Ein ganz Anderes dagegen ist es mit einem Handelsgesetzbuch in Deutschland, in welchem zum Mindesten ein Verbot der Zetelausgabe ohne Staatsgenehmigung, zumal dann nicht fehlen sollte, wenn durch eine bedauerliche Nachahmung der französischen Gesetzgebung über Commanditactiengesellschaften der Errichtung von Actienbanken ohne Staatsgenehmigung Thür und Thor geöffnet werden soll, wie dies die Annahme des preussischen Entwurfs mit sich bringen würde.

Die Sache scheint dem Verfasser dieser Zeilen zu wichtig, als daß er nicht versuchen möchte, die Nachtheile einer solchen Nachahmung der französischen Gesetzgebung etwas näher darzuthun, soweit es die erste Stunde vor der angekündigten zweiten Lesung gestattet.

2.

Wir haben es als einen Fehler bezeichnet, daß der preussische Entwurf die Bestimmungen der französischen Gesetzgebung über Commandit-Actiengesellschaften im großen Ganzen nachahmt; denn seine Abweichungen von dem französischen Rechte, unter

welchen das Verbot von Actien auf den Inhaber die hauptsächlichste ist, sind nicht von durchgreifender Bedeutung. Wir gehen dabei keineswegs von einem Vorurtheile gegen die französische Handelsgesetzgebung, noch von der Meinung aus, als sei es Aufgabe einer deutschen Handelsgesetzgebung, ohne überwiegende Gründe ihren besondern Weg zu gehen. Wir erkennen den Werth gesetzgeberischer Vorgänge, wenn sie sich durch die Erfahrung bewährt haben, vollkommen an, und begreifen auch ganz wohl, daß der preussische Entwurf den Handelsgesetzgebungen verschiedener anderer Länder, welche den code de commerce zu ihrem Leitfaden nahmen, zu folgen um so mehr veranlaßt war, als letzterer in einem Theil der preussischen Provinzen formelles Recht ist, und in mancher Beziehung auch in anderen Provinzen theilweise als Gewohnheitsrecht sich eingebürgert hat. Allein gerade bei den Commandit-Actiengesellschaften liegt der Fall vor, daß es nicht von einem durch die Erfahrung als gut bewährten, sondern von einem solchen Rechtsinstitute sich handelt, welches in seinem Heimathlande Frankreich selbst als eine Anomalie des code de commerce, als ein fortwährend um sich fressender Krebschaden des französischen Handelsrechts und der französischen wirthschaftlichen, sittlichen, gesellschaftlichen und staatlichen Zustände, als ein Hauptmittel der Schwinderei und Betrugschneiderei im Großen, und als eine Hauptursache der periodischen industriellen und Handelskrisen in Frankreich von den zuständigsten Autoritäten längst anerkannt ist; dessen gänzliche Reform und Abhängigerklärung von obrigkeitlicher Erlaubniß die französische Regierung im Jahr 1838 alles Ernstes einleiten wollte, und an dessen Zeug die französische Gesetzgebung im Jahr 1856 wieder zu flicken durch das Uebermaß von Scandal sich gedrungen gefühlt hat, ohne daß von dieser Flickerei selbst in den gouvernementalst gesinnten Kreisen des sachkundigen Publikums irgend Jemand sich einen

Erfolg verspräche, noch ein solcher fühlbar wäre. Hier handelt es sich also von einem Kapitel, bei welchem uns die französische Gesetzgebung als abschreckendes Beispiel, nicht als Vorgang zu dienen geeignet ist.

Ob wir dieß beweisen, glauben wir jedoch den mit dem Handelsrechte nicht näher Bekannten einige Erläuterungen schuldig zu sein. Denn es ist nicht jedem gebildeten Leser zuzumuthen, daß ihm bekannt sei, was eigentlich eine Commandit-Aktiengesellschaft ist, und worin sie sich von andern Aktiengesellschaften unterscheidet. Für Laien erlauben wir uns also zu bemerken, daß es hauptsächlich dreierlei Arten von Handelsgesellschaften auf Actien gibt, zwar nicht in jedem Lande alle drei zugleich, aber doch in der civilisirten Welt überhaupt. *) Dieselben sind: 1) die Aktiengesellschaft mit persönlicher und solidarischer Haftbarkeit sämmtlicher Actionäre für alle Verbindlichkeiten der Gesellschaft in der Art, daß jeder einzelne Actionär mit seinem ganzen Privatvermögen, oder wie Lord Eldon sagte, mit seinem letzten Shilling und seinem letzten Acker für alle Verbindlichkeiten der Gesellschaft verantwortlich ist, wenn er auch an der Geschäftsführung keinen Theil genommen hat, welche diese Aktiengesellschaften (wie die hienach unter 3 gedachten) durch gewählte Verwalter besorgen lassen (joint-stock-company with unlimited liability); 2) die Commandit-Aktiengesellschaft, oder, wie sie der preussische Entwurf nennt: die stille Handelsgesellschaft auf Actien, bei welcher ein oder mehrere Geschäftsinhaber (in der Sprache der deutschen Juristen: Complementare, im code de commerce: associés responsables et solidaires, in der Geschäftswelt kurzweg gé-

*) Mit dieser Aufzählung sind allerdings keineswegs alle Arten von Aktiengesellschaften für gemeinschaftlichen Erwerb, viel weniger alle Modificationen der genannten drei Hauptarten erschöpft. Wir können natürlich in diesen Aufsätzen den Gegenstand nur in Hauptzügen andeuten.

rants genannt, wiewohl sie nicht nothwendig alle das Geschäft selbst führen müssen, sondern es auch durch einen oder mehrere von ihnen führen lassen können) zur Führung des Geschäfts allein berechtigt, dagegen aber auch für die gesammten Verbindlichkeiten desselben mit ihrem Privatvermögen (wenn sie welches haben!) solidarisch haftbar sind, aber stille Theilhaber (*bailleurs de fonds — associés en commandite*) in der Weise haben, daß das gesammte Kapital der Gesellschaft in Actien zerlegt ist und die stillen Theilhaber (*actionnaires d'une société en commandite par actions*) nur mit dem Betrage ihrer Actien für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft verantwortlich sind, dagegen auch an der Geschäftsführung (eine gewisse Controle ausgenommen) keinen Theil haben; 3) die anonymen Gesellschaften, in Deutschland häufig kurzweg Actiengesellschaften genannt, bei welchen sämmtliche Gesellschafter nur mit dem Betrage ihrer Actien, nicht aber persönlich noch solidarisch mit ihrem übrigen Vermögen haften, die Geschäftsführung der Gesellschaft aber im Wesentlichen durch gewählte Verwalter (Actionäre oder Andere) besorgen lassen, welche nur für die Einhaltung der Gesetze, Statuten und ihres Auftrags verantwortlich, für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft aber nicht persönlich noch solidarisch haftbar sind.

Von diesen dreierlei Arten von Actiengesellschaften konnte die erste, bei welcher die Actionäre für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft persönlich und solidarisch mit ihrem ganzen Vermögen haften, in Frankreich und in den Ländern, in welchen der *code de commerce* gilt, oder welche ihn nachgeahmt haben (den Rheinlanden, Belgien, Holland, Oberitalien, Spanien etc.) wenigstens als Gesellschaften, die unter das Handelsrecht fallen (*sociétés commerciales*), aus dem Grunde nicht vorkommen, weil das französische Handelsgesetzbuch von Actiengesellschaften nur die anonyme Gesellschaft und die Commandit-Actiengesell-

schaft kennt, und bei diesen beiden Formen von Actiengesellschaften den Actionär nur mit seinem Actienbetrage an dem Vermögen der Gesellschaft für haftbar erklärt. Außerdem giebt es zwar in Frankreich auch sogenannte civilrechtliche Gesellschaften, d. h. Gesellschaften, welche nicht auf dem Handels-, sondern auf dem Civilgesetzbuch (code civil) beruhen, mit einem in Actien zertheilten Capital, und es sind solcher sociétés civiles (auf Bergbau, namentlich Steinkohlenbau) welche mit ihren Actien auf der Pariser Börse cotirt; doch sind ihrer so wenige, daß eineörterung ihrer Rechtsverhältnisse hier füglich unterbleiben kann. In Deutschland kamen wohl Fälle von Actiengesellschaften für gewerbliche Zwecke vor, welche in ihren Statuten eine Beschränkung der Haftbarkeit der Theilhaber auf den Betrag ihrer Actien nicht enthielten, und wo im Falle des Concurſes die Haftbarkeit der Actionäre mit ihrem übrigen Vermögen für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft von den Gerichten ausgesprochen wurde. Doch dürfte diese Form der Actiengesellschaft in Deutschland wohl ziemlich selten geblieben sein. Dagegen ist sie in Großbritannien gemeines Recht und durch vielfache Gesetze ausgesprochen für Aktienbanken (Joint-Stock-Banks), Affecuranzgesellschaften (Insurance-Companies) und bis zum Jahr 1855 auch als allgemeine Regel für andere Actiengesellschaften (Joint-Stock-Companies), und die allermeisten britischen Actiengesellschaften, welche bis zum Jahr 1855 gegründet wurden, namentlich die allermeisten englischen und schottischen Aktienbanken, Affecuranzgesellschaften, Actiengesellschaften für Gewerbsbetrieb u. s. w. bestanden daher bis dahin und bestehen zum größten Theil noch mit persönlicher und solidarischer Haftung ihrer Actionäre. Ausgenommen von dieser, auch in Schottland, trotz eines Richterspruches, anerkannten Regel des gemeinen Rechtes waren von jeher solche Actiengesellschaften, welche durch eine Spe-

cialacte des Parlaments oder, (sofern es nicht von anderweitigen Rechten, von öffentlichen Interessen oder Werken sich handelt, und in seltenen Fällen) durch einen Charter der Krone mit Beschränkung der Haftbarkeit der Theilhaber auf den Betrag ihrer Actien genehmigt werden, wie z. B. die Bank von England, drei von den schottischen Banken, die Actiengesellschaften für öffentliche Unternehmungen (Canäle, Eisenbahnen, Docks, Gaswerke, Wasserleitungen u. dgl.), und einzelne Assurance- oder Dampfschiffahrtsgesellschaften. Diese, größtentheils durch besondere Acten des Parlaments, privilegierten Actiengesellschaften sind im Wesentlichen nichts Anderes, als was das französische Recht *sociétés anonymes* nennt, und ihre Rechtsverhältnisse sind durch die Parlamentsacten von 1855, 1856 und 1857 auch nicht geändert worden. Für die Bergwerksgesellschaften in Cornwall besteht von Alters her eine besondere Verfassung, das sogenannte Kostenbuchsystem (*cost-book-principle*), welches die Haftbarkeit der Theilhaber unter sich und Dritten gegenüber, so wie die Vollmachten ihrer Bergmeister sehr beschränkt. Diese Ausnahmen vom britischen gemeinen Rechte, welches die Theilhaber einer Actiengesellschaft für alle Verbindlichkeiten der letzteren persönlich und solidarisch haftbar macht, haben nun allerdings im Jahr 1855 durch die Acte für Beschränkung der Haftbarkeit der Mitglieder gewisser Actiengesellschaften (*Act for limiting the liability of members of certain Joint-Stock-Companies*, 14th Aug. 1855) und im Jahr 1856 durch die Acte für körperchaftliche Constitution und Regelung von Actiengesellschaften und anderen Vereinen (*Act for the incorporation and regulation of Joint-Stock-Companies and other associations*, 14th July, 1856), eine bedeutende Erweiterung erlangt, indem diese neueren Gesetze nur in Beziehung auf die Actienbanken und die Assurancegesellschaften das gemeine Recht der persönlichen und solidarischen Haftung ihrer Actionäre

für alle Verbindlichkeiten der Gesellschaft unbedingt aufrecht erhalten, dagegen so ziemlich *) allen übrigen Actiengesellschaften, soweit sie nicht ohnehin schon durch Specialacte des Parlaments u. s. w. vom gemeinen Rechte ausgenommen sind, die Wahl lassen, ob sich ihre Actionäre blos mit dem Betrage ihrer Actien haftbar erklären, oder ob sie unter der Herrschaft der gemeinrechtlichen persönlichen und solidarischen Haftbarkeit für alle Verbindlichkeiten der Gesellschaft bleiben wollen. Die Actien dürfen übrigens jedenfalls nur auf den Namen, nicht auf den Inhaber lauten, nicht unter 10 Pfund Sterling betragen, und es sind allerhand Vorschriften für die Registrierung der Gesellschaften, über die Rechtsverhältnisse ihrer Theilhaber zur Gesellschaft und zu ihren Verwaltern, über die Verantwortlichkeit der Directoren dafür, daß sie in einer insolventen Gesellschaft keine Dividenden bezahlen (widerigensfalls sie bis zu deren Betrag persönlich und solidarisch haftbar für die Schulden der Gesellschaft werden), über die Bestätigung und Absehbareit der Rechnungsrevisoren (auditors) der Actiengesellschaften durch das Handelsministerium (board of trade) und insbesondere über die Art und Weise der Abwicklung zahlungsunfähiger Actiengesellschaften gegeben worden.

Eine Staatsurlaubniß für die Actiengesellschaften, welche unter die Joint-Stock-Companies-Act von 1856 fallen, verlangt das Gesetz nicht, nimmt aber von denselben ausdrücklich diejenigen aus, welche durch besondere Acten des Parlaments, R. Charter oder letters patent (letzterer Form der Concessionierung durch die Königin im Geheimenrath bedurften auch nach dem Jahr 1856 vermöge der Parlamentsacte 7 und 8 Vict., c. 113. vom 5. Septbr. 1844 namentlich die Actienbanken, Joint-Stocks-Banks) ihre Entstehung erhalten. End-

*) Es ist natürlich hier nicht der Ort, alle Modificationen anzuführen.

lich ist in der so eben geschlossenen Session des Parlaments vom Sommer 1857 auch für die Actienbanken eine neue Acte (Act to amend the Law relating to Banking Companies, 17. Aug. 1857) gegeben worden, welche das gedachte Actiengesellschaftsgesetz vom Jahr 1856 auch auf Actienbanken anwendbar macht, jedoch mit dem wesentlichen Unterschiede, daß es für Actienbanken bei der gemeinrechtlichen persönlichen und solidarischen Haftbarkeit jedes Actionärs für alle Verbindlichkeiten dieser Banken ausdrücklich sein Verbleiben behält. Auch sind darin etwas abweichende Bestimmungen für die Untersuchung dieser Banken getroffen. Die Errichtung von Actienbanken ist also in England nicht mehr an eine Regierungserlaubnis, sondern nur an die Einhaltung gewisser gesetzlicher Bestimmungen gebunden, jedoch wohlverstanden unter der persönlichen und solidarischen Haftung jedes Actionärs mit seinem ganzen Vermögen, und ohne Abänderung der Robert-Peels-Acte vom Jahr 1844, nach welcher jeder neu entstehenden Bank die Zettelausgabe unbedingt verboten ist. Eine Ausnahme von der unbegrenzten persönlichen und solidarischen Haftbarkeit der Bankactionäre statuirt die englische Gesetzgebung, außer bei den gedachten (vier) privilegirten Banken, nur für Colonialbanken. Gegen eine Aufhebung jener persönlichen und solidarischen Haftbarkeit der Actionäre anderer Banken (Joint-Stock-Banks) in Großbritannien hat sich in den Enquêtes von den zahlreichen Zeugen aus den verschiedensten Theilen Englands und Schottlands die größte Mehrzahl aufs allerentschiedenste ausgesprochen. Commanditgesellschaften sind in England nicht gestattet; jeder Theilhaber eines auf Gewinn betriebenen Geschäftes ist nach englischem Rechte (die seither erwähnten Ausnahmen abgerechnet) persönlich und solidarisch für alle Verbindlichkeiten haftbar. Ein Gesetzworschlag zu Einführung des Rechtsinstitutes der einfachen Commanditgesellschaft,

nicht der Commandit-Actiengesellschaft, fand im Jahre 1856 in beiden Häusern des Parlaments lebhaften Widerstand, nicht bloß aus formellen, sondern in sehr entschiedener Weise aus sachlichen Gründen, welche uns bei dieser Gesellschaftsform, der gewöhnlichen einfachen stillen Handelsgesellschaft ohne Actien, nicht überwiegend erschienen hätten, sowie übrigens auch in den Enquêtes darüber, ob die einfache Commanditgesellschaft zu gestatten sei, die Ansichten sich wenigstens sehr getheilt haben. Der Gesetzentwurf wurde übrigens am Ende zurückgezogen und im gegenwärtigen Jahre nicht wieder eingebracht. Ein Vorschlag auf Einführung der Commandit-Actiengesellschaft aber wurde, unseres Wissens, beim Parlamente weder eingebracht, noch kann für Jemand, der die Enquêtes der letzten 13 Jahre über Actien- und Handelsgesellschaften gelesen hat, der Schatten eines Zweifels darüber bestehen, daß ein solcher Vorschlag unfehlbar und mit größter Stimmenmehrheit verworfen werden würde, da die begründetsten Aeußerungen der stärksten Mißbilligung dieser Form von Actiengesellschaft in den Enquêtes der Regierung und des Parlaments wimmeln, Freunde sowohl als Gegner der seither berührten Aenderungen im britischen Handelsrecht größtentheils darüber einig sind, die Einführung von Commandit-Actien-Gesellschaften als eine Quelle unendlichen Schwindels und Betrugs, der ernstlichsten Gefährdung des selbstständigen Handels- und Gewerbestandes, und einer schweren Benachtheiligung des Rufes englischer commercieller und industrieller Solidität, welche dem Briten mit Recht als „eine Mine von Nationalreichtum“ gilt, zurückzuweisen.

Wir glaubten diese Andeutungen aus dem britischen Handelsrechte um so weniger umgehen zu sollen, als das Gewohnheitsrecht, die Gesetze und Verhandlungen des ersten Handelsvolks bis jetzt in Deutschland (wenn wir die neueste

Schrift von Schwebemeyer darüber ausnehmen) ziemlich wenig bekannt oder erörtert zu sein scheinen, und als selbst ausgezeichnete deutsche Lehrbücher des Handelsrechts und andere juristischen Arbeiten außer von römischem, italienischem und gemeinem deutschen Handelsrecht und deutschen Particularrechten kaum von etwas Anderem als von dem französischen Handelsrechte und seinen Nachahmungen Notiz nehmen, und unsere Gesetzgebung darüber in Gefahr kommt, die Gesetzgebungen der ersten Handelsvölker, Englands und Nordamerika's, ganz zu übersehen und mit dem Guten des französischen Handelsrechts auch seine schlimmsten Auswüchse gesetzlich zu uns zu verpflanzen. Nicht als ob wir die (übrigens unter sich sehr verschiedenen) Handelsgesetzgebungen Englands und der nordamerikanischen Staaten als Muster betrachteten; ihre Schattenpartien sind dunkel genug; die englische Handelsgesetzgebung über das Actienwesen (z. B. über die Abwindung zahlungsunfähiger Gesellschaften) war zum Theil bis vor Kurzem grauenhaft, wie so vieles Andere, was in England mit dem Civilproceß zusammenhängt; die neueren britischen Gesetze aber scheinen uns in Manchem, z. B. hinsichtlich der Staatsgenehmigung von Actiengesellschaften, von der Scylla ihres früheren kostspieligen Verfahrens in die Charybdis gefallen zu sein und das Kind mit dem Bade ausgeschüttet zu haben; noch weniger aber als die britischen oder amerikanischen Gesetze sind wir gemeint, die Verwaltung der dortigen Actiengesellschaften als Muster aufstellen zu wollen; Jedermann weiß z. B., daß die Verwaltung ihrer Eisenbahnen musterhaft schlecht ist. Bei alledem läßt sich erweisen, daß die englische und die amerikanische Gesetzgebung über Actienwesen theilweise große Vorzüge haben; daß hinter dem Berge des code de commerce und seiner allzugetreuen Abklatsche auch Leute wohnen, und daß nicht Alles eine Naturnothwendigkeit ist, was im französischen Han-

del'srechte zugelassen ist, die Pariser sowie manche andere Börse zu einem Sündenpfuhl machen hilft und den Robert Macaire's — den ernsthaften und „respectabeln“ wie den frivolen — eine so ausgiebige Waide gewährt.

3.

Wir sind an der Büchse der Pandora, mit deren allgemeiner, Jedem zustehenden Oeffnung Deutschland bedroht ist, an der Commandit=Actien=Gesellschaft angekommen. So alt das herkömmliche, Jedermann bekannte Rechtsinstitut, welches wir die einfache Commandite*) nennen möchten, die seit Jahrhunderten in Italien, Frankreich, Deutschland u. mehr oder weniger häufig vorkommende „stille Handelsgesellschaft“, d. h. das Verhältniß ist, in welches ein Kaufmann oder ein aus gewöhnlichen Associés bestehendes Handlungshaus (eine „offene Handelsgesellschaft“ zweier oder mehrerer, persönlich und solidarisch für alle Verbindlichkeiten der Gesellschaft gegen Dritte haftender Kaufleute) mit einem oder mehreren „stillen Gesellschaftern“ tritt, die sich an der Gesellschaft nur durch Vermögensseinlagen betheiligen, für ihre Verbindlichkeiten nur mit ihrer Einlage haften, und mit dieser an dem Gewinn oder Verlust Theil nehmen, so neu ist dagegen vergleichungsweise die Erscheinung der Commandit=Actien=Gesellschaft. Auch Frankreich, das Heimathland und Treibhaus dieser neuen Form von Actiengesellschaft, kannte dieselbe nicht vor dem Jahr 1807; das alte französische Recht kannte nur die offene Handelsgesellschaft (*société générale ou collective*), wie sie heute noch allerwärts Rechtens ist; die einfache stille Handelsgesellschaft

*) Wir wissen recht wohl, daß „einfache Commandite“, „gewöhnliche Associés“ u. dgl. keine juristisch-technischen Ausdrücke sind; da wir aber auch dem nicht an die technischen Ausdrücke gewöhnten Publicum verständlich zu sein wünschen, so wird es an dieser Verwahrung genügen.

ohne Actien (*la société en commandite*) und anonyme Actiengesellschaften in verschiedene Formen. Man möchte es beinahe einen *lapsus calami* oder *lapsus ingenii* nennen, daß es den Verfassern des *code de commerce*, nachdem sie die offene, die *Commandite* und die anonyme Gesellschaft abgehandelt hatten, nachträglich noch einfiel, in Art. 38 auf die *Commandite*-gesellschaften mit dem Satze zurückzukommen: „Das Capital der *Commandite*-gesellschaften kann auch in Actien zerlegt werden, unbeschadet der übrigen Bestimmungen für diese Gattung von Gesellschaften.“ Denn wozu hatten sie unmittelbar vorher in Art. 37 vorgeschrieben, daß eine Actiengesellschaft (*société anonyme*) nur mit Erlaubniß des Kaisers, mit Genehmigung ihrer Statuten durch diesen, und im Einklang mit verfassungsmäßig erlassenen Normativbestimmungen der Staatsverwaltung für diese Gattung von Gesellschaften errichtet werden dürfe, während sie für die *Commandite*-Actiengesellschaften keine Staatsgenehmigung verlangten? War es nicht recht eigentlich das Seitenstück zu dem Volkswitze: „Haben Sie einen Paß?“ — Nein. — „Nun, so passieren Sie; wenn Sie einen gehabt hätten, so hätten Sie ihn müssen visiren lassen.“ Wir sind nicht der Einzige, welcher glaubt, daß, wenn die Verfasser des *code de commerce* die leiseste Ahnung von dem unermeßlichen Gedränge der Speculanten durch das Loch gehabt hätten, das sie mit dem Art. 38 in ihr eigenes Werk rissen, sie gewiß die Ersten gewesen wären, welche diese Naivetät vermeiden hätten. Daß dieses Verfahren im Jahr 1807, also vor gewonnener Erfahrung, im französischen Staatsrathe unbemerkt passieren konnte, wer möchte dieß nicht begreifen? Aliquando bonus dormitat Homerus. Wer je dabei war, wenn Gesetze votirt wurden, weiß, daß das Sieb keiner Versammlung, selbst der ausgezeichnetsten nicht, fein genug ist, um nicht zuweilen irgend einer grosse *bévue* den Durchgang eben so frei zu

lassen, wie kürzlich eine Ratte ganz unbehelligt durch das britische Unterhaus bei geöffneter Versammlung der Honourables durchspaziert ist. Etwas weniger erklärlich — sollen wir es offen gestehen? — war es uns, wie die Herren Verfasser des preussischen Entwurfs eines Handelsgesetzbuchs, gewiß auch sehr ausgezeichnete Männer, nach Allem und Allem, was seit 50 Jahren über die colossalen Folgen jenes logischen Verstoßes erlebt worden ist, im Jahr 1857 kein Arges darin finden konnten, denselben nachahmen zu wollen. Dieselben beginnen ihren Abschnitt von „Errichtung der Actiengesellschaften“ (der anonymen, welche wir auch um Erlaubniß bitten würden mit „gewöhnlichen“ zu bezeichnen, wenn nicht dieser Ausdruck unter der Voraussetzung der Annahme des Entwurfs über die Commandit-Actiengesellschaften bald auch bei uns ein sehr uneigentlicher werden würde) mit dem Sage, Art. 181: „Actiengesellschaften können nur mit landesherrlicher Genehmigung errichtet werden.“ Sie begründen diesen Satz, welcher in den meisten Staaten gilt, mit folgenden Motiven (S. 91): „Der Entwurf mußte ebenfalls an dem bestehenden Erfordernisse der landesherrlichen Bestätigung festhalten. Dieselbe, in Verbindung mit der vorausgehenden Prüfung, erscheint unumgänglich nothwendig, sowohl aus Rücksicht auf die Gesellschaftsgläubiger, um diesen in Ermangelung von persönlich haftenden Gesellschaftern die erforderlichen Garantien zu verschaffen, als auch im allgemeinen Interesse, um die von jeder bestimmten Persönlichkeit abgetrennte Gesellschaft als selbständige Handelsperson ins Leben zu führen, die Solidität des Unternehmens zu verbürgen, und bei der außerordentlichen Größe der durch Actien zusammenzubringenden Capitalien zugleich zu verhüten, daß die Geldmacht solcher Gesellschaften in einer dem allgemeinen Wohlstand und

„der Landesindustrie nachtheiligen Weise verwendet
„wird.“

Die Absicht des preussischen Entwurfes, indem er die anonyme Actiengesellschaft von einer Staatsgenehmigung abhängig macht, ist also im Wesentlichen eine doppelte: einerseits die Solidität des Unternehmens und die Interessen des bei demselben, sei es mit Actienbesitz, sei es als Gläubiger u., unmittelbar betheiligten Publicums möglichst zu verbürgen, andererseits das öffentliche Wohl vor einer Benachtheiligung durch die Actiengesellschaften zu bewahren. Den geringsten Werth legen wir dabei auf das Motiv, welches sich auf die Nothwendigkeit der Verleihung der juristischen Persönlichkeit an die Actiengesellschaften bezieht. Denn die corporative Eigenschaft könnte (wie dies in England neuerdings für die einer Parlamentsacte nicht bedürfenden Gattungen von Actiengesellschaften geschehen ist) den Actiengesellschaften ebensowohl durch ein allgemeines Gesetz unter der Bedingung der Erfüllung gewisser Förmlichkeiten, als durch einen besondern Regierungsbeschluss ertheilt werden. Um so wichtiger sind dagegen gewiss jene beiden Hauptzwecke. Was den ersteren betrifft, so liegt es in der Natur der Sache, daß bei einer zahlreichen Gesellschaft zum Betriebe eines Gewerbes — einer Gesellschaft, welche sich durch Verkauf der Actien auf den Börsen aus allen Gegenden der Windrose recrutirt und dem Flugsande ähnlich ist — nicht jeder Actienbesitzer an der Verwaltung des Geschäftes Theil nehmen kann, ja daß die Allerwenigsten dazu auch nur fähig wären; daß die Gesellschaft mit diesem Betriebe nothwendig Einzelne (Theilhaber oder Dritte) beauftragen muß; daß diese beinahe gänzlich Herren und Gebieter des Geschäftes und der Gesellschaft werden; daß sie, wenn sie nicht zufälligerweise ganz fähige und ganz rechtliche Leute sind, (und wie leicht können die Gründer und die Gewählten weder

das Eine noch das Andere sein, in welch' zahlreichen Fällen waren oder sind sie es nicht!), das Vermögen der Gesellschaft aufs Erbärmlichste verwalten oder aufs Schändlichste für sich ausbeuten und von Dritten ausbeuten lassen können; daß durch unredliche Rechnungsführung und falsche Bilanzen den Actionären Jahrelang ein erlogener Reinertrag vorgespiegelt, auf Kosten des Capitals Dividenden ausbezahlt werden können; mit Einem Worte, daß die Interessen der Gesellschaft mit Unfähigkeit, Gewissenlosigkeit oder Beutelschneiderei vernachlässigt und verrathen werden können, wie sie es denn auch erfahrungsgemäß nur allzu oft schon worden sind, und daß hierdurch nicht nur die Interessen ihrer Actionäre, sondern auch die ihrer Gläubiger und dritter Personen, vielleicht die einer ganzen Arbeiterbevölkerung aufs Spiel gesetzt werden können. Daß es auch ebensowohl redlich und gut verwaltete Actiengesellschaften giebt, ändert natürlich an den Gefahren des Gegentheils nichts, und die Gesetze können nicht bloß in Vorausetzung der Guten, sondern müssen auch zum Schutze gegen die Schlechten gemacht werden. Wir gehören daher, wie die Verfasser des preussischen Entwurfes, zu Denen, welche glauben, daß es Pflicht des Staates sei, jener Beeinträchtigung zahlreicher Staatsbürger und des Volksvermögens nach Kräften vorzubeugen, sich die Prüfung der Projecte von Actiengesellschaften, die Ertheilung oder Versagung ihrer Erlaubniß, und im Falle der Ertheilung deren Bedingungen, die Genehmigung der Statuten, die Vorschriften, welche eine gute und redliche Verwaltung thunlichst verbürgen, und eine möglichst wirksame Beaufsichtigung derselben vorzubehalten. Wir theilen keineswegs die Ansicht Jener, welche das bequeme laissez passer et laissez aller in Allem predigen und glauben, Alles gethan zu haben, wenn sie den Actionären u. s. w. zurufen: „die Augen auf oder den Beutel“, — als wäre damit der öffent-

lichen Sittlichkeit und den Interessen der Volkswirtschaft
 Genüge geleistet; als könnte man nicht mit gleichem Grunde
 die Criminaljustiz einstellen, und als könnte übrigens, auch
 bei dem besten Willen, die große Mehrheit der Actionäre, ge-
 schweige denn der Gläubiger oder dritter Betheiligter ohne
 schützende Vorschriften und Institutionen sich nur einigermaßen
 selbst helfen. Wir wissen übrigens recht wohl, daß auch mit
 der Staatsgenehmigung und mit den Bedingungen, an welche
 dieselbe geknüpft wurde, bis jetzt in nur allzuvielen Fällen
 eine sehr schlechte Verwaltung der Actiengesellschaften nicht ver-
 hindert worden ist. Verruht doch z. B. in England bekannt-
 lich jede Eisenbahnunternehmung auf einer besondern Parla-
 mentsacte, welcher eine kostspielige Untersuchung durch ein
 Parlamentscomité vorangeht. Und ist doch die Verwaltung der
 englischen Eisenbahnen gleichwohl so grenzenlos schlecht, daß
 das erste volkswirtschaftliche Blatt des Landes, der Economist,
 unterm 29. August dieses Jahrs sagen muß: „Wer kann einen
 „Blick auf die Geschichte unserer Actiengesellschaften werfen,
 „ohne anzuerkennen, daß es nie, zu keiner Zeit und in keinem
 „Landе solche Beispiele von Schwäche in der Ausführung,
 „von Unfähigkeit in der Verwaltung, von gewissenloser Raub-
 „sucht gegeben hat, wie sie seit 15 Jahren in unserem Eisen-
 „bahnwesen sich dargestellt haben? . . . Sorglose Verschwen-
 „dung, kopflose Einrichtungen, extravagante Accorde, ein kost-
 „spieliges Hin- und Hergezerre von Anfang bis zu Ende haben
 „dieses große Interesse in den erbärmlichen Zustand gebracht,
 „in dem es jetzt daniederliegt. Gutsbesitzer haben mit ihren
 „Landabtretungen aus den Eisenbahnmitteln Ernte gehalten;
 „handgreifliche Vortheile wurden als Nachtheile geltend ge-
 „macht, um die Ansprüche an die unbestimmte Persönlichkeit,
 „genannt Actionär, anschwellen zu machen; Advocaten haben
 „ihre Ernte auf dem Felde der Streilust der Directoren ein-

„gethan; Ingenieure und Bauunternehmer sind reiche Leute geworden, — die Gesellschaft aber war wehrlos dem Einflusse „der Privatinteressen gegenüber, deren Angriffen sie von Anfang bis zum Ende ausgesetzt war.“ Bekanntlich zahlte z. B. eine der größten englischen Eisenbahnen unter dem Deckmantel ihrer Bauten an Seitenbahnen seit Jahren aus einem erlogenen Reinertrage falsche Dividenden mittelst der aufgenommenen Anleihen, und gilt auch ihre jetzt auf ein Procent heruntergesetzte letzte Auszahlung von Zins und Dividende noch für eine Lüge. Der Economist glaubt, die Verwaltung der britischen Eisenbahnen würde besser werden, wenn die Actionäre sich ermannen, die Leitung ihres Geschäftes den aus ihrer Mitte gewählten unbezahlten Directoren zu entziehen und bezahlten Beamten anzuvertrauen. Möglich. Doch wie schwer ist es, daß eine solche bloß aus den tausenderlei Käufern eines Werthpapiers bestehende, unter sich gar nicht zusammenhängende, sich persönlich gar nicht kennende, über ein ganzes Reich (bei manchen Eisenbahnen des Festlandes über halb Europa) zerstreute Körperschaft sich zu einer Reorganisation vereinigt, ihr Geschäft auf neue Grundlagen und mit Glück umgestaltet, zumal wenn man berücksichtigt, auf welche Weise bekanntlich manche Verwaltungen von Actiengesellschaften in England und in anderen Ländern die Mehrheiten der Generalversammlungen zu bilden und zu beherrschen wissen! Hier hat es offenbar an einer wirksamen, beständigen und nachhaltigen Aufsicht und Einwirkung der Regierung und an einem Gesetze gefehlt, welches der Regierung die erforderlichen Vollmachten dazu erteilt hätte. Wir wollen nicht behaupten, daß die radicalen Mängel, an welchen das Actienwesen seiner inneren Natur nach jederzeit in unzähligen Fällen leiden wird, dadurch hätten aufgehoben werden können; aber die Verwaltung der britischen Eisenbahnen hätte doch bei gehörigen Vollmachten

und bei einer gehörigen Einwirkung der Regierung nicht auf eine solche Stufe öffentlichen Aergernisses heruntersinken können. Wer auch dies bezweifelt, der sollte wenigstens um so mehr mit uns darüber einverstanden sein, daß der Scandal in der Verwaltung der englischen Eisenbahnen, daß die ganz ähnlichen, theilweise noch viel ärgeren Erscheinungen in Amerika, daß die Nothwendigkeit, in welcher eine deutsche Regierung sich schon befunden hat, einzelnen Eisenbahnen die Verwaltung ganz abzunehmen, und daß so viele andere Thatsachen wohl dafür sprechen, daß öffentliche Verbindungsmittel besser in den Händen des Staates als in denen von Actiengesellschaften sind, aber sicherlich nicht für eine Freigebung der Actienwirtschaft von einer Staatsverlaubniß des einzelnen Unternehmens, und somit für eine schrankenlose Vermehrung der Actiengesellschaften durch die nächsten besten Speculanten oder Speculationsbanken, welche die Gründung der Actiengesellschaften gewerbsmäßig treiben, das Publicum mit dem Agio an dem Verkaufe der Actien durch emporgeschwindelte Course brandschagen und dann die Actienunternehmungen ihrem Schicksal und die Actionäre vielleicht ihrem Ruin überlassen. Uebrigens ist die Rücksicht auf die Actionäre für uns die untergeordnete. Die Actionäre vieler, auf gewerbsmäßige Ausbeutung des Publicums durch Börsenwucher gegründeter Actiengesellschaften verdienen, wenn sie sich des wahren Charakters dieser Anstalten bei der Erwerbung ihrer Actien bewußt waren, vom sittlichen Standpunkte aus nicht einmal eine Rücksicht; ihr Theil an der Beute war überdies wenigstens bisher häufig ein scandalös bedeutender. Viele andere Actienunternehmungen sind durch Beiträge oder Zinsgewährleistungen vom Staate, also aus dem Beutel der Steuerpflichtigen, in einer Weise bevorrechtet und gewährleistet, daß es ihren Verwaltern gar nicht möglich ist, das Interesse der Actionäre bis unter ein

gewisses Maß herunter zu verlegen, und daß wahrlich auf die Verwaltung solcher Gesellschaften das Sprichwort Anwendung findet: „So kann es der Narr dem Doctor abgewinnen.“ Wir wollen nur daran erinnern, daß nach der amtlichen Statistik der französischen Eisenbahnen vom 29. December 1855 der Staat damals den Eisenbahnen an Subventionen in verschiedenen Formen mehr als 900 Millionen Franken geschenkt und an Reinertrag mehr als 61 Millionen Franken gewährleistet hatte, welche Einkommensgarantie sich auf ein Capital von 1554 Millionen bezog, während der von den Gesellschaften geleistete oder zu leistende Aufwand 2975 Millionen betrug, worunter nur 1180 Millionen Actiencapital, der Rest auf Obligationen entlehnt oder noch zu entleihen war. Unter solchen Umständen wäre es wahrhaftig eine Kunst, die französischen Eisenbahnen so schlecht zu verwalten, daß nicht wenigstens auf ihre ursprünglichen (allerdings nicht auf ihre im Course emporgetriebenen) Actienbeträge glänzende Dividenden kommen müßten, mag im Uebrigen wahr oder nicht wahr sein, was ein französischer Schriftsteller von der Art sagt, wie bei Gütererwerbungen, Bauaccorden und in der Verwaltung französischer Eisenbahnen gewirthschaftet werde, ohne daß wir bis jetzt von einem Widerspruche dagegen in den Journalen der haute finance oder wo immer gelesen hätten. Uebrigens giebt es auch unter den nicht subventionirten Actiengesellschaften bekanntlich viele „solide“, d. h. in der Sprache der Geschäftsmänner solche, welche ihren Actionären Geld verdienen, wobei es auf die Art und Weise nicht immer gerade ankommt, und auch viele, welche ihrer Natur nach gemeinnützig, welche redlich verwaltet und in jeder Beziehung achtungswerth sind. Wir wollen damit jedoch natürlich keineswegs zurücknehmen, was wir über das Recht und die Pflicht des Staates gesagt haben, die Actiengesellschaften auch im Interesse des bei den-

selben mit seinem Vermögen betheiligten Publicums seiner Genehmigung und Ueberwachung zu unterwerfen. Unendlich wichtiger aber als die Rücksicht auf das Interesse der Actionäre ist unstreitig der zweite Grund, welcher den preussischen Entwurf eines deutschen Handelsgesetzes bestimmt, die Errichtung von Actiengesellschaften von einer Staatsgenehmigung abhängig zu machen, nämlich: die Rücksicht auf das öffentliche Wohl den Actiengesellschaften gegenüber, und namentlich der Zweck, zu verhüten, daß die große Geldmacht solcher Gesellschaften nicht in einer dem allgemeinen Wohlstande und der Landesindustrie nachtheiligen Weise verwendet werde. In der That, man darf nur einen Blick auf das werfen, was seit einigen Jahren rund um uns her geschehen ist, um die ungeheure Wichtigkeit zu ermessen, daß der Staat sich des Rechtes und der Pflicht nicht beuge, die bürgerliche Gesellschaft gegen die Uthilazüge des neuen Sunnenthums zu schützen, welches in der Form colossaler Actiengeldmächte Razzia's über ganze Länder durch die Bildung ähnlicher und anderer Actiengesellschaften und den Handel mit ihren Actien ausführt; Gold in Kameelslasten heimzuschleppt; ganze Züge von Lehensleuten, Dienstmannen und Börsensclaven an seinen Triumphwagen fesselt, und mit den extravagantesten Plänen umgeht, darauf gerichtet, Communicationsmittel, Schifffahrt, Handel, Bankwesen, Industrie und Gewerbe, ja sogar die Landwirthschaft mehr und mehr zum Besten ihres Actienhandels und Agiowuchers durch fortgesetzte, gewerbsmäßige Gründung immer und immer weiterer Actiengesellschaften zu verschlingen, d. h. in seinen Wirkungen nothwendig dem Staate das, was in den Händen der Gesamtheit sein sollte, zu entziehen, in den Handel, Industrie und Ackerbau aber die unabhängigen bürgerlichen Existenzen zu zermalmen und wie Joseph in Egypten das Volk in Leibeigenschaft zu schlagen. Wir wollen gerne

annehmen, daß Gründer und Verwalter von Credits mobiliers die Sache nicht aus diesem trüben Lichte ansehen; daß sie Wunder glauben mögen, welches nützliche Rad sie in das Getriebe der menschlichen Thätigkeit eingeschoben haben und den Gewinn, welchen ihre Anstalten einthun, für einen ganz berechtigten halten. Aber dies ändert die Sache selbst nicht, da die innere Natur dieser Anstalten sie mit Nothwendigkeit auf die gewerbsmäßige Schaffung mit Agio verkäuflicher Börsenwerthe, daher auf die fortwährende Gründung von Actiengesellschaften und auf den Börsenwucher mit diesen hinweist, ihre Wirksamkeit daher eine der bürgerlichen Selbständigkeit feindliche, gemeinschädliche und ausbeutende sein muß. Allerdings hat die Staatsgewalt leider in nur allzu vielen Ländern ihre Genehmigung zu solchen Anstalten gegeben, ist z. B. der Pariser Credit mobilier zur Ausgabe von Actien im Betrage von 60 Millionen, ja sogar von Obligationen in dem monströsen Umfange von 600 Millionen ermächtigt worden. Doch hat die Regierung wenigstens die letztere Ermächtigung bis jetzt wieder sistirt. Auch haben die Eisenbahnen, die Gründung fremder Credits mobiliers, die Staatsanlehen, der Report und das Börsenspiel die Mittel des Pariser Credit mobilier bis jetzt so ziemlich beschäftigt. Wie aber, wenn einst die Hauptneße der Eisenbahnen gebaut sein, wenn gerade keine Staatsanlehen zu machen sein werden, wenn der Credit mobilier seine statutenmäßigen 600 Millionen Franken Obligationen ausgeben darf und an den Mann bringt, und wenn ähnliche Anstalten nach dem Belieben jedes Geldmenschen allenthalben und in jedem noch so monströsen Capital errichtet werden dürfen, was soll dann von bürgerlichem Erwerb, was von Fabriken und Gewerben, ja von Grundeigenthum noch übrig bleiben, das nicht den — laut ausgesprochenen, mit Posaunenschall in den Programmen, Jahresberichten und Tagblättern der

haute finance austrumpeteten — Idealen dieser neuen Eroberer zu Folge in ihren Rachen fiele? Also — wir wiederholen es — theilen wir von Grund unserer Seele und unseres Herzens die Ueberzeugung der preussischen Motive, daß die Staatsgenehmigung der Actiengesellschaften in dem Entwurfe eines deutschen Handelsgesetzbuches vorbehalten bleiben muß. Wir theilen diese Ueberzeugung nicht etwa blos darum, weil es wichtig ist, Actiengesellschaften, deren Errichtung der Staat einmal gestatten will, die Bedingungen und Grenzen ihres Wirkens vorzuschreiben, sondern vorzüglich auch darum, weil es noch viel wichtiger ist, Actiengesellschaften gar nicht entstehen zu lassen, deren Wirken voraussichtlich ein gemeinschädliches, die bürgerliche Gesellschaft unterjochendes, ausbeutendes und entsittlichendes sein wird.

Wenn nun aber der preussische Entwurf vollkommen Recht hat, die Errichtung anonymer Actiengesellschaften nur mit Genehmigung des Staates zuzulassen, so möge uns die Frage gestattet sein: wie ist es alsdann logischer, vernünftiger und praktischer Weise möglich, daran zu denken, daß man die Commandit-Actiengesellschaften von der Einholung einer Staatsverlaubniß freilasse? Daß dieß in Frankreich und in Ländern, welche den code de commerce abgeschrieben haben, geschehen ist, ist eine Thatsache; aber so lange Thatsachen und Gründe nicht gleichbedeutend sein werden, wird man denn doch auf die Logik und auf die Lehren der Erfahrung nicht verzichten dürfen. Sollten etwa die vertragsmäßig unabsehbaren und als rechtmäßige Inhaber des Geschäftes gesetzlich erkannten Geschäftsinhaber (gérants) der Commandit-Actiengesellschaften den Interessen ihrer Actionäre weniger leicht Schaden bringen können als die einer jährlichen Neuwahl unterworfenen oder absehbaren Organe der Actiengesellschaften den Interessen der letzteren? Oder sollten

die Geldmächte, welche sich in der Form von Commandit-Actiengesellschaften constituirt haben (vielleicht bloß, weil sie wußten, daß sie für die Errichtung einer anonymen Actiengesellschaft die erforderliche Staatsgenehmigung nicht erhalten würden, oder nachdem ihnen eine solche ausdrücklich und aus guten Gründen abgeschlagen worden ist), sollten diese Geldmächte größere Bürgschaften dafür bieten, daß sie die Macht ihrer Gesellschaftscapitalien „nicht in einer dem allgemeinen Wohlstande und der Landesindustrie nachtheiligen Weise verwenden werden“, als die ähnlichen Geldmächte in der Form von anonymen Actiengesellschaften? Begründet es in dieser Hinsicht einen Unterschied, ob man unter dem Titel einer anonymen Gesellschaft mit 60 Millionen, oder ob man, wie gewisse Commandit-Actiengesellschaften, mit 25, 50, 100 Millionen Franken, mit 20 Millionen Thaler u. dergl., Creditmobiliars macht? Ist letzteres etwa den allgemeinen Interessen weniger gefährlich? Es handelt sich hier natürlich nicht von dem seitherigen Gebahren dieser oder jener Gesellschaft, welches von Persönlichkeiten, also vom Zufall abhängt, sondern von der Frage, ob die Eigenschaft einer anonymen oder einer Commandit-Actiengesellschaft in jenen Beziehungen einen Unterschied begründen kann, und diese Frage glauben wir auf Entschiedenste verneinen zu müssen.

4.

Wir haben dem preussischen Entwurfe darin vollkommen Recht gegeben, daß er die Errichtung anonymer Actiengesellschaften von einer Staatsgenehmigung, und somit von der Möglichkeit einer vorgängigen Prüfung und Ertheilung der erforderlichen Vorschriften abhängig macht, um „die Solidität des Unternehmens zu verbürgen und bei der außerordentlichen Größe der durch Actien zusammen zu bringenden Capitalien

„zugleich zu verhüten, daß die Geldmacht solcher Gesellschaften „in einer dem allgemeinen Wohlstande und der Landesindustrie „nachtheiligen Weise verwendet werde.“ Wir haben damit sicherlich nicht behauptet, daß eine anonyme Actiengesellschaft deshalb nothwendig ein Tugendbund sein werde; die grobe Ausbeutung des Publicums und der Actionäre durch Gründer und Verwalter nur allzu vieler anonymen Actiengesellschaften wird von Niemand weniger widersprochen als von uns; wir behaupten nur, einerseits, daß um so dringender Grund vorhanden sei, nicht Jeden, dem es einfalle, eine Actiengesellschaft errichten zu lassen, solche Gesellschaften nicht für jeden Zweck, nicht in jeder Zahl und in jedem Umfange zu gestatten, im Falle ihrer speciellen Erlaubniß aber durch die erforderlichen Vorschriften dem Mißbrauch wenigstens nach Möglichkeit zu begegnen, und andererseits, daß durchaus kein Grund sei, warum bei Commandit-Actiengesellschaften nicht dieselben Gefahren vorliegen sollten. Vielmehr sind diese Gefahren bei den Commandit-Actiengesellschaften gewiß weit größer als bei den anonymen, namentlich wenn erstere von der Einholung einer Staatsgenehmigung entbunden sind. Ist es doch ganz natürlich und handgreiflich, daß in diesem Falle alle Speculanten, welche sich berrufen, daß ihre Projecte als unsolid, betrügerisch oder gemeinschädlich eine Prüfung der Staatsbehörden nicht aushalten würden, alle Industrieritter, deren Projecte von der Regierung verworfen worden sind, sich auf die Commandit-Actiengesellschaften werfen werden, weil sie in diesem sogenannten Rechtsinstitute den freien Paß für ihr sauberes Gewerbe haben. Dazu kommt noch, daß sie es alsdann allein sind, welche die Bedingungen vorschreiben, namentlich unter dem Vorwande ihrer Haftbarkeit für alle Verbindlichkeiten der Gesellschaft sich exorbitante Antheile am Reinertrage stipuliren können; daß ihnen in ihrem sogenannten Bei-

bringen zum Geschäft, bestehe dies nun in einer wirklichen oder angeblichen Erfindung, einem Grundeigenthum, Gewerbe, einer Kundschaft oder in was immer, eine willkommene Gelegenheit sich darbietet, die Gesellschaft um beträchtliche Antheile des von den Actionären zu liefernden Capitals zu pressen, und daß sie in ihrem künftigen Verhältnisse als Geschäftsinhaber, welche für die Geschäftsführung verantwortlich und im Wesentlichen gesetzlicher Herr derselben sind, ein Mittel finden, zu thun, was sie wollen, und das Wasser auf ihre Mühle zu leiten. Die Erfahrung der Länder, in welchen die Commandit-Actiengesellschaften sich eingebürgert haben, lehrt aber, daß wenn es auch solche Gesellschaften gibt, deren Geschäftsinhaber (Geranten) kein gegründeter Vorwurf trifft, oder bei welchen ein solcher etwa auf die so häufige Anbedingung eines unbillig hohen Gewinnantheils der Geschäftsinhaber sich beschränkt, dagegen die Zahl der Commandit-Actiengesellschaften, bei welchen die Schwindelei und der Unfug bedeutend war, ja zum Theil zur förmlichen Gaunerei sich steigerte, in Frankreich schon so groß war, daß sie zu wahren Crisen führte. Abgesehen von förmlichen Unredlichkeiten, welche bei Commandit-Actiengesellschaften so häufig im Schwange gehen, liegt es in der Natur der Sache, daß eine leichtsinnige, schwindelhafte, gewerbsmäßig als Börsenspeculation betriebene oder überhaupt übertriebene, die selbstständige Existenz der Einzelunternehmer, und somit des Kernes der Nation gefährdende, und in vielfacher Hinsicht gemeinschädliche Vermehrung der Actiengesellschaften durch diese Form solcher Gesellschaften schrankenlos begünstigt wird.

Die beiden anerkannten Autoritäten im französischen Handelsrechte, Herr Horace Say (vielhähriger Richter am Handelstribunal zu Paris und nachmaliger Staatsrath), und Herr Horson (Advocat am Gerichtshofe zu Paris, von der Re-

gierung L. Philipps zu Gesetzgebungsarbeiten in diesem Fache (zugezogen), welche ein Untersuchungscomité der britischen Regierung um Mittheilung ihrer Erfahrungen und Ansichten über verschiedene Formen von Handelsgesellschaften gebeten hatte, sprachen sich daher auch (im Decembre 1853) in ihren beiderseitigen Gutachten aufs Entschiedenste dahin aus, der Erstere, daß er Commandit-Actien-Gesellschaften gar nicht dulden würde, der Letztere, daß er (wie dieß die französische Regierung unter Louis Philipp mit einem Gesetzentwurfe beabsichtigt habe) ihre Errichtung, wie die der anonymen Actiengesellschaften, von einer obrigkeitlichen Erlaubniß abhängig machen würde, welcher eine Untersuchung ihres Zweckes, der Beibringen, der Bildung des Capitals und der Wahrscheinlichkeit des Gelingens voranzugehen hätte.

Von den Aeußerungen dieser beiden angesehenen Männer über die Commandit-Actiengesellschaften und ihre Mißbräuche wollen wir nur Folgendes anführen: „Das französische Gesetz über die Gesellschaften, der code de commerce“ — sagt Herr Horsfon — „wurde im Jahr 1807 redigirt und verkündigt, also zu einer Zeit, wo die Industrie bei weitem noch nicht so entwickelt war wie seither, und wo das System der Actienschaffungen und Ausgaben noch beinahe unbekannt war; die Redacteurs des Gesetzes beschränkten sich darauf, den abstracten und ungenügenden Satz hineinzulegen, daß das Capital der Commanditgesellschaften auch in Actien zerlegt werden könne, unbeschadet der Bestimmungen für diese Gattung von Gesellschaft. . . . In der freien Commandit-Actiengesellschaft, bei der keine Controle besteht oder durch Gevattern (complaisants) ausgeübt wird, welche bei dem Mißbrauche selbst theilhaftig sind, hat man sicherlich beinahe immer das Interesse, die Sache zu treiben, bis man mit dem Capital fertig ist (à aller jusqu'au bout), eine Scheineristenz zu

„führen, sich Geld zu machen, Schulden zu machen und so fort-
 „zufahren, bis Alles verloren ist. Der Grund ist ganz einfach:
 „Diejenigen, welche volleingezahlte Actien haben, suchen sich
 „ihrer zu entledigen. Sind die Actien nicht voll eingezahlt,
 „so entledigt man sich ihrer auch auf Strohmannen oder auf
 „Unbekannte, welche die Verbindlichkeit zu Lieferung des rück-
 „ständigen Capitals übernehmen. . . . Wir haben in Frank-
 „reich enorm viel Männer von Genie; die Einen sind industriös
 „und vorsichtig, die Andern sind Projectenmacher, ja es giebt
 „Intriguanen unter denselben, um mich keines stärkeren Aus-
 „drucks zu bedienen; die beiden letztern Kategorien sind große
 „Liebhaber von freien Commandit-Actiengesellschaften, weil diese
 „ein Mittel sind, mit ihrem Beibringen Geld zu schlagen; in
 „der anonymen Gesellschaft, welche von der Obrigkeit contro-
 „llirt wird, duldet man dieß nicht.“

Herr Horace Say schildert die Folgen der Commandit-
 Actiengesellschaften in folgenden Worten: „Abenteurern und
 „wenig delicatesen Leuten ist es dadurch möglich worden, Ge-
 „sellschaften für sehr große Werthe zu gründen; indem sie das
 „Capital in Actien auf den Inhaber theilten, konnten sie sich
 „einen Theil des Capitals reserviren, die Actien veräußern und
 „sich in die Geschäftsführung mischen, ohne persönlich haftbar
 „zu werden. Sie gaben diesen Gesellschaften Geranten ohne
 „Werth und ohne bekannte Namen, aber pompöse Bezeich-
 „nungen, um das öffentliche Vertrauen anzulocken. Man sah
 „Ankündigungen von *comptoirs généraux de l'industrie et du*
 „*commerce*, von *caisses de l'agriculture*, von *banques de*
 „*l'union des ports*, von *crédits maritimes* u. s. w. u. s. w.
 „In Folge dieser Mißbräuche und dieser Verwirrung sah man
 „ein Individuum ganz allein zu einem Notar kommen, um
 „zwischen sich Anwesendem und seinen künftigen Actionären
 „einen Vertrag aufsetzen zu lassen. Eine Urkunde, welche

„billigerweise vorher hätte discutirt werden sollen, ehe sie
 „unterzeichnet worden wäre, wurde so von einer Partie allein
 „dictirt. *) So wurde eine Steinkohlenconcession im Bassin
 „der Loire, welche um 35—40,000 Franken erkaufte worden
 „war, als Beibringen für $\frac{1}{2}$ Million angerechnet und verur=
 „sachte den Ruin Aller, welche Actien genommen hatten. Selbst
 „bei an und für sich vortheilhaften Unternehmungen hat das
 „Commandit-Actienwesen eigenthümliche Verwirrungen in der
 „Anwendung des Handelsrechtes zur Folge gehabt. So hat
 „man z. B. für die Herausgabe von Zeitungen Commandit=
 „Actiengesellschaften mit Actien von 100 Franken gegründet
 „und dann als solidarisch haftbare Geschäftsinhaber = Geranten
 „Leute ohne allen persönlichen Werth hingesezt. Später, ob=
 „gleich eine Commanditgesellschaft, wie eine offene Gesellschaft,
 „von Rechtswegen durch den Tod oder das Verschwinden der
 „Geranten aufgelöst wird, hat man diese Gesellschaften für
 „Zeitungsbetrieb nichtdestoweniger zehnmal ihre Geranten wech=
 „seln gesehen, ohne daß eine Liquidation stattgehabt hätte beim
 „Uebergange des Geschäfts von einem Inhaber an den andern;
 „ja man hat die Actionäre von Commandit-Actiengesellschaften
 „in Generalversammlungen einen Geranten ab- und einen
 „andern einsetzen gesehen, was alles sicherlich ganz regelwid=
 „rige Dinge waren.“ Wir müssen es des Raumes wegen
 „unterlassen, die ebenso verwerfenden Aussagen anderer Zeugen
 „in den englischen Untersuchungen über den Unfug und die Beu=
 „telschneidereien anzuführen, welche in dem Commandit-Actien=
 „wesen herrschen. Auch haben wir bereits bemerkt, daß die

*) Dies ist freilich bei den Programmen der „Gründer“ anonymen
 Actiengesellschaften in der Regel nur insofern anders, als es ihrer meh=
 rere zu sein pflegen und als bei diesen Actiengesellschaften das Project
 schließlich der Staatsgenehmigung unterliegt. Indessen liegt in letzterem
 Erfordernisse eben der wesentliche Unterschied.

große Mehrzahl der Stimmen in diesen Enquêtes, die einen wahren Schatz praktischer Erfahrung und Weisheit enthalten, sich aufs Entschiedenste gegen die Gestattung von Commandit-Actiengesellschaften in Großbritannien erklärt und diese auch dort nicht stattgefunden hat.

Den Motiven des preussischen Entwurfs ist die Gefährlichkeit der Commandit-Actiengesellschaft zwar auch nicht ganz entgangen; sie setzen sich aber um Vieles leichter darüber weg, als die folgenschwere Bedeutung des Gegenstandes verdienen dürfte, und beruhigen sich bei Anträgen auf Bestimmungen, von welchen bei reifer Erwägung erkannt werden dürfte, daß sie gegen die großen Nachtheile des Commandit-Actienwesens keinen genügenden Schutz gewähren können.

5.

Die schrankenlose Ausdehnung, welche das Commandit-Actienwesen auch in Deutschland gewinnen würde, wenn der preussische Entwurf in dieser Beziehung angenommen würde, und die großen Nachtheile, welche die Folge davon wären, lassen es uns zweckmäßig erscheinen und die Unparteilichkeit gebietet uns, auf die Gründe, mit welchen sich jener Entwurf darüber zu beruhigen sucht, etwas ausführlicher einzugehen. Wir beschränken uns dabei auf die Zweckmäßigkeitsfrage, so viel auch über die rechtliche Seite der Sache zu sagen wäre. Die Motive des Entwurfes sagen:

„Von dem Standpunkt der Zweckmäßigkeit ist die Gestattung stiller Gesellschaften auf Actien für bedenklich erklärt worden. Es ist auf die Gefahr hingewiesen worden, daß nicht selten, um ein künstliches Steigen der Actien herbeizuführen, hohe Dividenden als angeblicher Gewinn aus dem Gesellschaftsvermögen vertheilt werden, zum Nachtheile der Gesellschaftsgläubiger und der Actienerwerber, welche zuletzt weder aus dem erschöpften Gesellschaftsvermögen, noch von den oft nur vorgeschobenen, meist insolventen, persönlich haf-

tenden Gesellschaftern ihre Befriedigung zu erlangen im Stande sind. Es liege die Befürchtung nahe, daß diese Gesellschaftsform vornehmlich gewählt werde, um die zur Begründung von Actiengesellschaften erforderliche Prüfung der Staatsregierung und landesherrliche Genehmigung zu umgehen (vergl. Brinckmann, Handelsrecht, S. 209).

Auf der andern Seite ist in Betracht zu ziehen, daß die Zerlegung des Gesellschaftscapitals in Actien eine erhebliche Erleichterung des Verkehrs begründet, welche im Interesse des Handels zu befördern ist. Die Capitallen werden dem Handel leichter zufließen, wenn den Gesellschaftern die Möglichkeit gegeben ist, ihr Interesse an der Gesellschaft jederzeit und ohne die Einwilligung ihrer Mitgesellschafter oder andere Beschränkungen vollständig auf Dritte zu übertragen. Die hohe Bedeutung, welche das Actienwesen in der gegenwärtigen Zeit gewonnen hat, läßt es nicht rathsam erscheinen, durch die Gesetzgebung andere Schranken aufzustellen, als solche, welche zur Vermeidung von Nachtheilen aus Rücksicht des Gemeinwohls unbedingt geboten sind. Die angeregten Bedenken werden durch strengere Form- und Controlevorschriften, sowie durch das unbedingte Verbot der Ausstellung von Actien auf jeden Inhaber ihre Erledigung finden.

Der Entwurf hat daher von diesem Gesichtspunkte aus den stillen Gesellschaften auf Actien die gesetzliche Anerkennung nicht versagen können."

In einer späteren Stelle sagen die Motive:

"Die zwischen der stillen Gesellschaft auf Actien und der Actiengesellschaft bestehenden Aehnlichkeiten rufen bei beiden auch ähnliche Gefahren für das Publikum und die Actionäre hervor. Der Schutz, welcher bei der Actiengesellschaft hiergegen in der landesherrlichen Genehmigung ihres Statuts und in der fortbauenden staatlichen Oberaufsicht gegeben ist, fällt bei der stillen Gesellschaft auf Actien fort. Deshalb muß das Gesetz durch geeignete Vorschriften über die Form der Errichtung und die Organisation solcher Gesellschaften die erforderliche Vorsoorge treffen."

Der preussische Entwurf mißt also der Commandit-Actiengesellschaft mit einem ganz anderen Maaß als der anonymen

Gesellschaft, und seine Motive gehen dabei von ganz anderen Standpuncten aus.

Bei den anonymen Actiengesellschaften erachten sie, wie wir gesehen haben, die Bedingung einer Staatserlaubnis und eine fortdauernde staatliche Obergewalt für nothwendig, um die Solidität dieser Unternehmungen zu verbürgen, und um zu verhüten, daß die Geldmacht solcher Gesellschaften in einer dem allgemeinen Wohlstande und der Landesindustrie nachtheiligen Weise verwendet werde.

Bei den Commandit-Actiengesellschaften dagegen erkennen sie zwar an, daß die Aehnlichkeiten beider Gesellschaftsformen auch ähnliche Gefahren für das Publikum und für die Actionäre hervorrufen. Aber sie ziehen daraus nicht den Schluß, daß diesen Gefahren auch durch ähnliche Mittel zu begegnen sei, sondern gehen, ohne Angabe irgend eines Grundes, als von etwas Gegebenem (durch den Vorgang des code de commerce Gegebenem?) davon aus, daß der Schutz, welcher bei der (anonymen) Actiengesellschaft in der landesherrlichen Genehmigung ihres Statutes und in der fortdauernden staatlichen Obergewalt liege, bei der stillen Gesellschaft auf Actien wegfalle, und fügen bei, das Gesetz müsse deshalb durch geeignete Vorschriften über die Form der Errichtung und die Organisation der letzteren die erforderliche Vorsorge treffen.

Diese Vorsorge nun sucht der preussische Entwurf, welcher auch darin größtentheils dem Vorgange des französischen Rechtes (des Gesetzes vom 17. Juli 1856) folgt, hauptsächlich in folgenden Vorschriften:

1) Zur Gültigkeit der Gesellschaft ist erforderlich, daß das ganze Capital durch Unterschriften gedeckt, und mindestens $\frac{1}{4}$ des von jedem Gesellschafter gezeichneten Betrages von ihm eingezahlt sein muß.

Die Actien dürfen nicht auf einen geringeren Betrag als 200 Thaler gestellt werden. Die Actien, sowie Promessen und Interimsscheine, lauten auf den Namen (im französischen Gesetze nur bis zur völligen Einzahlung vorgeschrieben). Die Uebertragung der Actien kann durch Indossament geschehen. Auch das Blankoindossament ist nicht ausgeschlossen (Motive, S. 88). Der Eigenthumsübergang der Actien wird in dem Actienbuche vorgemerkt und nur diejenigen werden als die Eigenthümer angesehen, welche als solche darin verzeichnet sind.

Bis zur vollständigen Einzahlung bleibt der ursprüngliche Inhaber zur Zahlung des Rückstandes verpflichtet; die Gesellschaft kann ihn dieser Verbindlichkeit nicht entlassen.

Die Motive versprechen sich von diesen Bestimmungen (unter welche der Entwurf die Anordnung des französischen Gesetzes vom Jahre 1856, wonach die Actien erst nach Einzahlung von 40 Proc. negociabel sein sollen, nicht aufgenommen hat) die „Verhütung des Actienschwindels“ und „daß eine Gesellschaft nicht ohne alle materielle Mittel nur auf Speculation auf das Steigen der Actien eingegangen werden könne.“

Diese Bestimmungen wären ohne Zweifel einige Schranke des Actienschwindels und daher gewiß empfehlenswerth bei den groben Mißbräuchen, zu welchen Charlatanerie und Beutelschneiderei erfahrungsmäßig des Commandit-Actienwesens sich bedient hat. Aber zu viel wird man sich von ihren Wirkungen nicht versprechen dürfen, wie das Beispiel der ähnlichen und zum Theil noch viel strengeren Bestimmungen in England für andere Actiengesellschaften beweist, welche den Actienschwindel nicht verhindert haben.

2) Wenn ein Gesellschafter eine Einlage macht, welche nicht in baarem Gelde besteht, oder wenn er sich zu seinen Gunsten besondere Vortheile ausbedingt, so muß in einer Generalversammlung der stillen Gesellschafter die Abschätzung

und Prüfung der Zulässigkeit angeordnet und in einer späteren Generalversammlung die Genehmigung durch Beschluß erfolgt sein.

Der Beschluß wird nach der Mehrheit der anwesenden stillen Gesellschafter gefaßt; jedoch muß diese Mehrheit mindestens $\frac{1}{4}$ der sämtlichen stillen Gesellschafter und der Betrag ihrer Antheile wenigstens $\frac{1}{4}$ des Capitals darstellen. Nur Unbetheiligte sind stimmberechtigt.

Für die Actien, welche auf die Einlagen der verantwortlichen Gesellschafter fallen oder welche denselben als besondere Vortheile ausbedungen sind, dürfen keine Actienscheine ausgegeben werden; diese Actien sind unveräußerlich. Die Beschränkung fällt weg, wenn die verantwortlichen Gesellschafter aus diesem Verhältnisse austreten.

Diese Vorschriften wären ohne Zweifel eine wesentliche Erschwerung der Pressereien, welche mit übertriebenem Anschlag des Beibringens der Geranten u. s. w. so häufig getrieben werden. Ob sie nicht unter anderer Form, z. B. unter der von Käufen, umgangen werden würden, ist eine andere Frage.

3) Dividenden und Zinse können nur aus dem auf die Actien fallenden Gewinn bezahlt werden.

Actionäre, welchen die Unzulässigkeit der Zahlung bekannt war, sind zur Rückzahlung verpflichtet.

Ein verantwortlicher Gesellschafter (Gerant), welcher Befuß der Gewinnvertheilung falsche Bilanzen macht, hat die Strafe des Betrugs verwirkt.

4) Die Geschäftsführung der Gesellschaft steht zwar den verantwortlichen Gesellschaftern (Geranten) ausschließlich zu; die Gesellschaft wird durch dieselben berechtigt und verpflichtet, so wie vor Gericht vertreten; es soll jedoch ein Verwaltungsrath gewählt werden, welcher aber nicht die Befugniß hat, sich selbstständig in die Geschäftsführung zu mischen, sondern

nur das Recht, die Geschäftsführung der Geranten zu controliren.

Dieser Verwaltungsrath (welchen das französische Gesetz von 1856 wohl bezeichnender Ueberwachungsath, conseil de surveillance, nennt) besteht aus wenigstens 5 Mitgliedern und wird in einer Generalversammlung der stillen Gesellschafter aus ihrer Mitte, das erste Mal auf nicht länger als 1 Jahr, später auf nicht länger als 5 Jahre, gewählt.

Den Mitgliedern des ersten Verwaltungsrathes soll eine Belohnung erst nach Ablauf des ersten Geschäftsjahrs von der Generalversammlung bewilligt werden dürfen.

Der Verwaltungsrath überwacht die Geschäftsführung der Gesellschaft in allen Zweigen ihrer Verwaltung; er kann sich von dem Gange der Angelegenheiten der Gesellschaft überzeugen, die Bücher und Schriften derselben einsehen und den Bestand der Gesellschaftskasse untersuchen.

Er hat die Jahresrechnungen, die Bilanzen und die Vorschläge zur Gewinnvertheilung zu prüfen und darüber alljährlich der Generalversammlung Bericht zu erstatten.

Er ist berechtigt und auf Antrag von stillen Gesellschaftern, deren Actien zusammen $\frac{1}{10}$ des Grundkapitals betragen, verpflichtet, Generalversammlungen zu berufen.

Er ist ermächtigt, auf Beschluß der Generalversammlung Proceffe gegen die verantwortlichen Gesellschafter zu führen und die Auflösung der Gesellschaft zu fordern. Jeder stille Gesellschafter ist befugt, als Intervenant in den Proceß auf seine Kosten einzutreten. Handelt es sich um die eigene Verantwortlichkeit des Verwaltungsraths, so steht letzterem dieß Klagrecht ohne und selbst gegen den Beschluß der Generalversammlung zu.

Die Mitglieder des Verwaltungsrathes sind gleich den verantwortlichen Gesellschaftern (Geranten) persönlich und soli-

darisch zu Erstattung geleisteter Zahlungen verpflichtet, wenn mit ihrem Wissen und ohne ihr Einschreiten: 1) Dividenden und Zinse gezahlt worden sind, welche nicht aus dem Gewinn entnommen wurden, oder 2) die Vertheilung des Gesellschaftsvermögens vor Ablauf eines Jahres seit dem Tage der Eintragung der Auflösung der Gesellschaft in das Handelsregister erfolgt ist.

Außerdem können die verantwortlichen Gesellschafter und die Mitglieder des Verwaltungsrathes in diesen Fällen bei Zahlungseinstellung der Gesellschaft mit der Strafe des einfachen Bankerutts bestraft werden.

„Das Institut des . . . Verwaltungsrathes“ — sagen die Motive — „ist der Schwerpunkt in der Organisation der stillen Gesellschaft auf Actien. Auf ihm beruht hauptsächlich die Sicherheit, welche das Gesetz den stillen Gesellschaftern und den Gesellschaftsgläubigern gewährt gegen Benachtheiligungen durch die Geschäftsführer der persönlich haftenden Gesellschafter.“

Diese Vorschriften für die Bestellung eines Aufsichtsrathes scheinen uns eben so nothwendig als zweckmäßig zu sein, sobald einmal Commandit-Actiengesellschaften zugegeben werden, möge letzteres nun mit oder ohne Staatsgenehmigung der Fall sein. Allein wir glauben gleichwohl, daß man sich im Allgemeinen von solchen Ueberwachungsräthen nicht zu viel versprechen dürfte. An dem Apparate von Aufsichts- und Verwaltungsräthen, Rechnungsrevisoren aus der Mitte der Actionäre (censeurs) u. dgl. hat es bei den Commandit-Actiengesellschaften nicht gefehlt. Die eigentlichen Verwalter wußten aber stets die ihnen genehmen Männer wählen zu machen und sahen übrigens vorzugsweise auf den Aushängeschild von Namen, welche von Männern hergegeben wurden, die sich nachher um die Angelegenheiten der Gesellschaft sehr häufig wenig oder nichts bekümmerten.

Von der persönlichen und solidarischen Verantwortlichkeit, mit welcher das französische Gesetz von 1856 und der preussische Entwurf die Mitglieder des Ueberwachungs- (Verwaltungs-) Rathes für gewisse Fälle bedroht, wurde in den Pariser Börsenzeitungen seiner Zeit wohl nicht ohne Grund bemerkt, sie werde wohl kaum viel helfen. Einestheils müsse man denselben die wissenschaftliche Verabsäumung ihrer Pflichten nachweisen, und wie schwer dieser Beweis werde, sei bekannt; wäre aber je diese Verantwortlichkeit eine reelle, so würden Leute, deren Haftbarkeit eine Bedeutung habe, sich scheuen, in solche Aufsichtsräthe einzutreten, und diese würden vollends in die Hände von Stroh Männern fallen.

Wir verkennen keineswegs die Verbesserungen, welche die französische Gesetzgebung über die Commandit-Aktiengesellschaften durch das Gesetz von 1856 erfahren hat, und welche im Wesentlichen (mit der That des gänzlichen Verbots von Actien au porteur, deren Nachtheile bei den Commandit-Aktiengesellschaften von vielen Seiten, namentlich auch von Horace Say und Herson anerkannt worden sind) ihre Stelle auch in dem preussischen Entwürfe gefunden haben. Uebrigens bleibt das Rechtsverhältniß der Actionäre zu den Geschäftsinhabern in der Commandit-Aktiengesellschaft immer ein sehr mißliches, da den Geschäftsinhabern, als Ursache oder Folge ihrer persönlichen und solidarischen Haftbarkeit, das ausschließliche Recht der Geschäftsführung und der rechtsgültigen Verfügung über das Vermögen der Gesellschaft gesetzlich zusteht, und die Actionäre nur das Recht der Controle, nicht das der beliebigen eigenen Beschlußnahme über ihre Interessen haben, ihre Verwalter weder wählen, noch wechseln, sondern äußersten Falles nur mit ihnen processiren, oder die Auflösung der Gesellschaft verlangen können. Nun bringt es aber bei den Commandit-Aktiengesellschaften die Natur dieser mehr oder weniger großartigen Unternehmungen

mit, daß ihr Capital, oder doch ihr bewegliches Capital, in der Regel zu einem großen Theil, wo nicht vollständig aus den Einlagen ihrer sogenannten stillen Gesellschafter (Actionäre) besteht; daß die Beibringen der Geschäftsinhaber, so hoch sie auch von diesen gewöhnlich der Gesellschaft angerechnet werden, doch in der Regel schwer oder nur mit enormem Verluste realisirbar, ja häufig bei der Auflösung der Gesellschaft völlig werthlos wären; daß der Geschäftsinhaber, wenn er auch nicht durch die Commandit-Aktiengesellschaft oder auf ihre Kosten erst Vermögen erwerben oder sich aus mißlichen Umständen wieder herausreißen will, doch in der Regel persönlich insolvent wäre, wenn er für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft in einem namhaften Verhältnisse aufkommen sollte; daß daher seine gesetzliche Haftbarkeit für die Gesellschaft in den meisten Fällen im Verhältnisse zu dem Umfange des Unternehmens nicht viel mehr als eine rechtliche Fiction, bei manchem Industrieritter eine bloße Farce ist. Wir geben vollkommen zu, daß es zuweilen auch reiche Leute oder doch Leute von Vermögen gibt, welche Geranten von Commandit-Aktiengesellschaften werden, sei es, daß sie diesen eine Fabrik oder dgl. zubringen, oder wie immer. Doch glauben wir nicht zu irren, wenn wir als Regel annehmen, daß die Meisten diese Stellung nur suchen, weil es ihnen an genügenden eigenen Mitteln fehlt, um ein ordentliches oder doch ein so großes Geschäft zu unternehmen; daß dieselben ihr Glück erst zu machen haben; daß ihre Mittel gewöhnlich zu dem Capitale der Gesellschaft, welche sie gründen, in gar keinem Verhältnisse stehen, und daß ihre Haftung für die Verbindlichkeiten der letzteren häufig nicht viel mehr als ein Schein ist. Reell haften in der Regel die Einlagen der Actionäre für die Geschäftsführung des Geranten, nicht sein Vermögen für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft. Deshalb ist die Stellung des Geranten als gesetzlichen Herrn und Meisters des

Geschäfts und Disponenten über das Eigenthum der Actionäre so häufig in flagrantem Widerspruche mit seiner natürlichen Berechtigung und mit dem sittlichen Gefühle, und führt dieses verkehrte Verhältniß in den Commandit-Actiengesellschaften häufig zu viel größeren Nachtheilen und Mißbräuchen als die wenigstens rechtlich von den Actionären abhängige Stellung der Verwalter in den anonymen Gesellschaften. Zu allem Dem kommt für die Actionäre der Commandit-Actiengesellschaften noch der Nachtheil, daß ihr Gesellschaftskapital an das schwankende Schiff der Persönlichkeit eines oder weniger Geschäftsinhaber rechtlich gebunden, mithin allen geistigen, moralischen, physischen und ökonomischen Zufällen und Veränderungen in diesen Persönlichkeiten ausgesetzt ist. Man mag über die Commandit-Actiengesellschaften Gesetze geben, welche man will, so wird man diesen großen Gebrechen ihrer inneren Natur nicht abhelfen, und selbst daß das französische Gesetz von 1856 und der preussische Entwurf sich so vielseitig bemühen mußten, einer Reihe der größten Mißbräuche und Schändlichkeiten bei dieser Gesellschaftsform vorzubeugen und sie mit Strafe zu bedrohen, bestätigt, was ihre innere Natur und eine bittere Erfahrung längst an die Hand gaben, nämlich daß die Commandit-Actiengesellschaft die gefährlichste von allen Formen der Handelsgesellschaft ist.

Wenn daher der preussische Entwurf mit vollem Rechte eine von Staatswegen eintretende vorgängige Prüfung und Erlaubniß und fortdauernde staatliche Oberaufsicht für nothwendig erkannte, um die Solidität der anonymen Actiengesellschaften im Interesse des mit Actien so wie als Gläubiger u. s. w. dabei interessirten Publikums zu verbürgen, so spricht dieser Grund gewiß mindestens für die gleiche Vorsicht bei den Commandit-Actiengesellschaften.

Noch weit dringender aber möchten die Gründe des öffentlichen Wohls dafür sprechen.

6.

Wir gehen zu der Betrachtung der Gründe öffentlichen Wohls über, welche die Motive zu dem preussischen Entwurfe für die schrankenlose Zulassung der Commandit-Aktiengesellschaften geltend machen.

Wir gestehen, daß wir uns fragen, ob wir nicht Bemerkungen zweier verschiedenen Mitarbeiter am preussischen Entwurfe vor uns haben, als wir diese Gründe mit den ganz entgegengesetzten verglichen, welche die Motive desselben Entwurfs für die Abhängigmachung der anonymen Aktiengesellschaften von einer Staatserlaubnis geltend machen.

Wenn die Vorschriften, welche der Entwurf für die Bildung und Verwaltung der Commandit-Aktiengesellschaft giebt, „den Schutz“ ersetzen könnten, „welcher bei der (anonymen) Aktiengesellschaft in der landesherrlichen Genehmigung ihres Statuts und in der fortdauernden staatlichen Oberaufsicht liegt“, so wäre sicherlich kein Grund vorhanden, die anonymen Gesellschaften von einer Staatserlaubnis und Aufsicht abhängig zu machen (soweit sie nicht, wie die Aktiengesellschaften für Eisenbahnen und andere öffentliche Zwecke, einer Staatsgenehmigung und Aufsicht aus anderen Gründen bedürfen). Man dürfte alsdann nur die gleichen Vorschriften auf beide Gesellschaften anwenden.

Diese Vorschriften haben übrigens keinen anderen Zweck und können, wenn sie ihren Zweck überhaupt erfüllen, günstigsten Falles keine andere Wirkung haben, als die Solidität der Commandit-Aktiengesellschaften, sowie die Rechte und Interessen ihrer Actionäre und Gläubiger zu verbürgen und diese gegen eine Mißverwaltung und gegen Betrügereien der Geschäftsin-

haber zu schütten. Sie können aber in keiner Weise dem höheren Zwecke entsprechen, welchen die Motive des preussischen Entwurfs als den Grund der Abhängigkeitserklärung der anonymen Actiengesellschaften von einer Staatsgenehmigung angegeben haben, nämlich dem Zwecke, „zu verhüten, daß die „Geldmacht dieser Gesellschaften in einer dem allgemeinen Wohlstande und der Landesindustrie nachtheiligen Weise verwendet werde.“

Diesen Zweck scheinen denn auch die Motive desselben Entwurfes bei dem Abschnitte von den Commandit-Actiengesellschaften so völlig aus den Augen verloren zu haben, daß sie hier den diametral entgegengesetzten Grundsatz aussprechen, indem sie „die hohe Bedeutung, welche das Actienwesen in der gegenwärtigen Zeit gewonnen habe“, „die Erleichterung, welche die Zerlegung des Gesellschaftscapitals in Actien für „den Verkehr begründe“, „die größere Leichtigkeit, mit welcher dem Handel die Capitalien zufließen werden“, als leitende Gesichtspunkte aufstellen; es nicht rathsam finden, „durch die „Geseßgebung andere Schranken aufzustellen als solche, welche zur Vermeidung von Nachtheilen aus Rücksichten des Gemeinwohls unbedingt geboten seien“, und sich dabei beruhigen: „die angeregten Bedenken (zu vergleichen oben, Seite 42 und 43) werden durch strengere Form- und Controlenvorschriften, sowie durch das unbedingte Verbot der Ausstellung von „Actien auf jeden Inhaber ihre Erledigung finden“. Wenn diese Gesichtspunkte für Commandit-Actiengesellschaften maßgebend sind, warum gelten für anonyme Actiengesellschaften die entgegengesetzten?

Im übrigen möchten wir uns die Fragen erlauben: ist „die „hohe Bedeutung, welche das Actienwesen in der gegenwärtigen Zeit gewonnen hat“ mit all seinen Zettelbanken, Credits mobilisirs, mit seinen Ueberspeculationen und Schwindeleien

jeder Art, seiner Ableitung der Capitalien aus den Hypothesen, dem Grund und Boden und dem Häuserbau (bei diesem bis zur Wohnungsnoth in allen größeren Städten), aus dem ordentlichen Handel und Gewerbe in den alles verschlingenden Schlund der Börse und der Papiere der Actiengesellschaften, ein solches Glück, daß die Gesetzgebung es zum Ausgangspunkte einer schrankenlosen Zulassung des Commandit-Actienwesens zu nehmen hat? Begründet „die Zerlegung des Gesellschaftscapitals in Actien“ etwa eine andere „Erleichterung des Verkehrs“ als die des Börsenverkehrs? Ist dies ein so wünschenswerthes Ziel? Und wenn es richtig ist, daß die Capitalien dem Handel leichter zufließen werden, soferne „den Gesellschaftern die Möglichkeit gegeben ist, ihr Interesse an der Gesellschaft jederzeit und ohne die Einwilligung ihrer Mitgesellschafter oder andere Beschränkungen vollständig auf Dritte zu übertragen“, d. h. soferne die Commandit-Actiengesellschaften vollkommen freigegeben werden, — ist es der ordentliche Handel, das ordentliche Gewerbe, denen die Capitalien zufließen werden, oder sind es nicht vielmehr die Actiengesellschaften, welche ihnen die Capitalien entziehen und welche seiner Zeit mit der Wucht einer übermächtigen, durch beschränkte Haftungsverbindlichkeiten bevorrechteten, monopolartigen Concurrenz die dem gemeinen Rechte unterliegenden, ihre Verbindlichkeiten mit ihrem letzten Heller abtragenden Kaufleute, Fabrikanten und Gewerbsleuten niederschmettern werden, sobald die Credits mobilisirs u. genöthigt sein werden, mit ihrer nothwendig immer wiederholten Gründung von Actiengesellschaften mehr und mehr in die Kreise des Fabrik-, Gewerbs- und Handelsbetriebes herunterzusteigen? Ist übrigens nicht das Actienwesen, vorzüglich in Frankreich und Deutschland, die Hauptursache der Capitalienkrise, welche auf dem Geldmarkte dieser Länder bereits lastet? Hat dasselbe nicht dem ordentlichen Han-

del und Gewerbe bereits Berge von Capitalien entzogen? Ist nicht eine Handels- und Gewerbscrise gerade deshalb mehr und mehr in Aussicht? Fliegen nicht bereits die Sturm-
vögel der Failliten im Handels- und Gewerbsstande auf Plätzen, auf welchen die Credits mobiliars hauptsächlich ihre Ernte ge-
halten haben?

Sind die Rücksichten, welche wir hier geltend machen, nicht dieselben, welche die Motive des preussischen Entwurfes sich bei den anonymen Actiengesellschaften selbst vor Augen ge-
stellt, sich zur Richtschnur genommen haben? Und sollten übrigs die deutschen Regierungen bei den anonymen Gesellschaften das Erforderniß einer Staatsurlaubniß aus Gründen des öffentlichen Wohls für nothwendig und der Zulassung nützlicher Actiengesellschaften nicht hinderlich erkennen, bei den Commu-
dit-Actiengesellschaften aber sich gewissermaßen vor sich selbst fürchten und besorgen, das Erforderniß ihrer Genehmigung sei ein Hinderniß unschädlicher Unternehmungen?

Wir verdenken den Herrn Verfassern des preussischen Entwurfes keineswegs diese Inconsequenzen. Sie haben sie im französischen Recht als eine Thatsache vorgefunden, und man kommt immer schwer an die Aenderung des Bestehenden. Auch ist ihnen als Rechtsgelehrten nicht zuzumuthen, daß sie auch im gleichen Grade Volkswirthe seien. Theils im mißverstandenen Interesse, theils unter dem Anhängschilde volkswirthschaftlicher Sorge für das allgemeine Wohl wird seit einigen Jahren in der Presse Frankreichs und Deutschlands eine literarische Propaganda für die Speculation getrieben, welche ganz geeignet ist, das Urtheil selbst des Gebildeten und in seinem Fache ganz Tüchtigen zu verwirren, wenn ihm das gründliche Studium der Volkswirtschaft nicht zur Lebensaufgabe geworden ist. Wenn man jene Darstellungen liest, so sollte man meinen, die Welt sei bisher mit dem Betriebe des Ackerbaues,

der Gewerbe und des Handels durch die selbständige Kraft des Landwirths, Fabrikanten oder Kaufmanns in einem halbbarbarischen Zustande gewesen; eine neue Aera gehe jetzt für die Menschheit in der Actiengesellschaft auf; man könne nichts Besseres noch Eiligeres thun, als tabula rasa mit diesen kleinen Reuten, den selbständigen Staatsbürgern zu machen und an ihre Stelle Actiengesellschaften treten zu lassen. Die Speculation hat sich aber bekanntlich mit colossalen Actienbanken darauf eingerichtet — und wird, wenn man sie schrankenlos gewähren läßt, sich in immer steigendem Verhältnisse darauf einrichten, Actiengesellschaften über Actiengesellschaften zu gründen, ihre Actien auf den Markt zu werfen, deren Cours hinaufzuschwindeln, und sich an ihrem Agio zu bereichern. Auf ein Bedürfniß, auf vaterländische Zwecke und auf Gemeinnützigkeit kommt es dabei nicht an, sondern nur darauf, ob es gelingt, die Actien an den Mann zu bringen, und auf das Agio, das man daran erbeuten kann. Fällt dann der Handel zum Schaden der Actienkäufer aus, um so schlimmer für diese. Wird der Markt mit Actien überladen, entsteht eine Capitalnoth und Handelscrise daraus — was kümmert dieß die Urheber, wenn sie nur ihre Errungenschaft geborgen haben? Zermalmst die Concurrnz der in solcher Weise geschaffenen Actiengesellschaften oder ruiniert die heraufbeschworene Geld- und Handelscrise den redlichen Gewerbs- oder Kaufmann, so haben doch die Actienspeculanten sich wenigstens bereichert. Dieß sind die Folgen des Actienwesens, welches in gegenwärtiger Zeit eine so hohe Bedeutung gewonnen hat, und wenn man es schrankenlos fortwuchern läßt, jährlich mehr gewinnen wird. Ob es übrigens durch Erzeugung von Actiengesellschaften in der Form von anonymen oder von Commandit-Actiengesellschaften fortgepflanzt werde, scheint uns völlig gleich zu gelten.

Wir sind keineswegs Gegner jeder Actiengesellschaft; wir

würden dieß für sehr unverständlich und von Jemand, dessen Lebensberuf die Volkswirtschaft ist, lächerlich halten. Es gibt viele nützliche Unternehmungen, welche die Kräfte der Einzelnen, sei es allgemein, sei es örtlich übersteigen, und welche nur durch Actiengesellschaften, oder durch diese wenigstens ganz zweckmäßig und zum allgemeinen Vortheil betrieben werden können. Wir freuen uns daher von Herzen, wenn irgendwo etwas Nützliches und Großes, wie z. B. Fluß- oder Seedampfschiffahrt-Unternehmungen etc., in einer zweckmäßigen und achtungswürdigen Weise mit gemeinschaftlichen Kräften unternommen wird. Aber wir machen uns andererseits deshalb doch weder eine Täuschung über die Inconvenienzen, welche der inneren Natur der Actiengesellschaften anhaften, noch darüber, daß der Beruf des Staates erheischt, die bürgerliche Gesellschaft und das allgemeine Wohl gegen ihre Mißbräuche und Uebertreibungen zu schützen, und daß der Staat namentlich keine Anstalten dulden sollte, welche ein Gewerbe daraus machen, Actiengesellschaften fort und fort zu gründen, nicht um ein Bedürfniß auszufüllen, sondern nur um an dem Schacher mit Actien einen Agiowucher einzuthun. Wir gehören zu den entschiedensten Freunden der Gewerbefreiheit, vorausgesetzt natürlich, daß es sich von keinem an sich unsittlichen Gewerbe handle; aber wir glauben nicht, daß irgend Jemand ein natürliches Recht auf Gründung einer privilegierten Gesellschaft (und eine Actiengesellschaft mit Corporationsrecht oder mit beschränkter Haftbarkeit der Theilnehmer ist eine solche) oder zur Ausübung eines gemeinschädlichen Gewerbes habe. Die Erlaubniß zur Gründung einer Actiengesellschaft ist eine Frage, über welche der staatsbürgerlichen Gesellschaft die Entscheidung durch ihre Organe nach vorgängiger Prüfung im einzelnen Fall zustehen muß, an welche sie berechtigt und interessirt ist ihre Bedingun-

gen zu knüpfen, und welche sie zu beaufsichtigen die Befugniß und die Pflicht hat.

Die Erfahrung wird allerdings Manchen im Publicum, der am Actienfieber gelitten und an welchem sich die Speculation mit Agio bereichert hat, durch Schaden klug machen. Der Betrieb von Gewerben durch Actiengesellschaften wird namentlich im Laufe der Zeit auch den Actionären manche bittere Erfahrung bringen und Manche als Opfer der Speculation auf dem Plage lassen. Die Erfahrung in England hat seit lange gelehrt, daß gewerbliche Unternehmungen auf Actien daselbst in der Regel zu Grunde gegangen sind. So sagt z. B., um von den vielen Zeugnissen in den britischen Enquêtes nur zweier zu erwähnen, ein Rechtsanwalt in einem derselben: „Kein Gewerbe wird von bezahlten Verwaltern so gut geführt als von seinem Eigenthümer selbst. Kein Verwalter einer Körperschaft findet seinen Weg mit gleicher Vorsicht und Klugheit aus, wie ein Privatgewerbsmann; erfahrungsgemäß fehlt es einem Verwalter an hinreichender Erfahrung, Anwendung seiner Urtheilskraft und seines Scharfsinns, oder ist er überhaupt nicht aufmerksam genug im Geschäft der Gesellschaft, welches darüber hinsieht, oder zu kühn im Speculiren und richtet die Gesellschaft dadurch zu Grunde. Eines oder das Andere tritt beinahe gewiß früher oder später ein, und die unglücklichen Actionäre, welche sich verführen ließen, ihre Capitalien in solche Unternehmungen zu stecken, büßen dieselben ein. Die Eisencompagnien, welche übrigens nicht mit Corporationsrecht betrieben wurden, mögen als Beispiel dienen. Zahlreiche Gesellschaften für Eisenbergwerke und Eisenhütten (for the working of iron mines and the manufacture of iron) wurden in England in den letzten 25 Jahren gegründet und, so viel mir bekannt, hat nicht eine einzige auf die Dauer reussirt. Die meisten haben fallirt

„und alle Betheiligten zu Grunde gerichtet. Da die Mitglieder dieser Gesellschaften keiner beschränkten Haftbarkeit genossen, so fiel dieser Verlust und Ruin größtentheils auf die Eigenthümer derselben. Wäre ihre Haftbarkeit beschränkt gewesen, so würde das Publikum in größerem Umfange dabei gelitten, die Actionäre würden jedoch ihre Einlagen gleichfalls verloren haben. Ich habe hier zunächst der Eisencompagnien erwähnt, da dieselb bona fide unternommene Gewerbanstalten waren. Es ist unnöthig, daß ich der Hunderte von Unternehmungen für andere Handels- oder Gewerbszwecke (for other trading purposes) gedenke. Das Resultat war im Allgemeinen (generally) bei denselben das gleiche.“ Ebenso erklärte ein Kaufmann, welchen die Handelskammer von Manchester als Zeugen gesandt hatte: „Mit wenigen Ausnahmen sind alle Versuche, Gewerbe auf Actien (joint-stock-business) zu betreiben, in Manchester unglücklich abgelaufen (have proved failures), obgleich jeder Actionär mit seinem ganzen Vermögen haftete. Solche Gesellschaften erlangten nicht dasselbe Vertrauen, konnten nicht zu eben so günstigen Bedingungen kaufen als Häuser von bekannter Respectabilität und Reichtum, und schon dieß allein würde hinreichen, jede solche Gesellschaft zu Grunde zu richten.“ Daß von den in Frankreich als Commandit-Actiengesellschaften errichteten zahlreichen Fabriken eine große Zahl das gleiche Schicksal hatte, ist bekannt. Zwar besteht zu jeder Zeit von Commandit-Actiengesellschaften, sowie von anonymen Actiengesellschaften in Frankreich eine ansehnliche Zahl mehr oder weniger bedeutender, zum Theil schon längere Zeit betriebener und solid begründeter, für gewerbliche Zwecke, z. B. gegenwärtig in einer oder der andern dieser Gesellschaftsformen für Eisenwerke, Glashütten, Spinnereien, Papierfabriken, einige Zuckerfabriken, Stearinfabriken, Caoutchoucfabriken u. s. w. mit Capitallen, welche beinahe durchgängig nach Millionen, von

1 1/2—2—4—5—6—7—8—10—12—14 bis zu 25 Millionen Franken zählen; doch sind ihre Erträgnisse (3—4—5, 8—10, einige 12—16—18—20 Proc.) zum Theil weit unter denen eines gut betriebenen Privatunternehmens und möchte wohl bei manchen Niemand ihre Nachhaltigkeit verbürgen. Die voll eingezahlten Actien zu 100 Franken der großen Stearinfabrik, deren Capital 4 Millionen Franken beträgt, und welche durch ihre Ausdehnung und durch die Fusion mit Concurrenten eine Art thatfächlichen Monopols erlangt hat, sind zu 75 zu kaufen. In Deutschland besteht bekanntlich ebenfalls eine beträchtliche Zahl von gewerblichen Actienunternehmungen, z. B. für Eisen, Zink, Kupfer, Blei u. Hüttenwesen, Maschinenfabriken, Spinnereien, Maschinenwebereien, Zuckerfabriken u., wohl größtentheils in der Form anonymer Actiengesellschaften; es sind ihrer sicherlich viele durchaus solid und gut betrieben, und wir sind nicht nur kein grundsätzlicher Gegner derselben, sondern freuen uns, wie gesagt, wenn und wo sie in Erkenntniß eines wirklichen Bedürfnisses, einer Lücke in der nationalen Erzeugung, und in honetter Weise, nicht als Börsenspeculation, errichtet werden. Uebrigens hat die Erfahrung gelehrt, daß Actienunternehmungen einem Stöße weit schwerer widerstehen, als solide Privatunternehmen, daß erstere daher in Krisen leichter in die Lage kommen, die Hilfe des Staates in großartigem Maßstabe anzurufen, und aus sehr erklärlichem Grunde. Der Reinertrag einer Actiengesellschaft wird, mit Ausnahme eines mäßigen Beitrags zum Reservefonds, an die Actionäre vertheilt; der Reinertrag einer Privatfabrik wächst, so weit ihn der Fabrikant nicht verzehrt, seinem Vermögen zu und setzt ihn in die Lage, einen schweren Stoß auszuhalten. Auch kann darüber kein Zweifel sein, daß „das Auge des Herrn die Ruh fett macht“; daß ein Privatmann, welcher sich seinem Geschäfte ausschließlich widmet, dessen ganze ökonomische Tri-

stenz daran geknüpft ist, von dessen Sache es sich durchaus handelt, in der Regel mit mehr Raffinement, ökonomischer und vortheilhafter verwaltet, fabricirt, kauft und verkauft, als eine Actiengesellschaft, die so zu sagen *res nullius* ist, und der sich ihre obersten Leiter schon deßhalb nicht ebenso ausschließlich widmen können, weil es nur ihr Nebengeschäft ist. Liegt auch in einem vernünftigen und billigen Systeme von Tantiemen für die mit der Verwaltung Beschäftigten bis auf einen gewissen Grad ein Correctiv, so darf doch dessen Wirksamkeit, zumal für die nachhaltigen Interessen der Gesellschaft, nicht allzuhoch angeschlagen werden, während ein Privatunternehmer im Interesse seiner Zukunft jedes Opfer in der Gegenwart bringt. In wie manchen Actiengesellschaften wird nur ein augenblicklich hoher Betrag der Dividende, oft blos für die Actienspeculationen der Verwalter, durch alle möglichen Manipulationen herausgerechnet, oft Jahrelang mit einem solchen System fortgefahren, bis die Gesellschaft zu Grunde gerichtet ist; und wer kann in den meisten Fällen dieß nachher auch nur noch untersuchen und eine wissenschaftliche Täuschung, z. B. in dem Anschlage der Waarenvorräthe, Ausstände, Werthpapiere u. s. w., beweisen, geschweige denn dem Schaden wieder abhelfen! Zu dem kommt, daß ein Privatunternehmen weit leichter dem Wechsel der Conjecturen, des Bedürfnisses und der Mode mit der Ausdehnung, Einschränkung und Veränderung seiner Fabrication und ihrer Mittel folgen kann, als eine Actiengesellschaft, welche eine viel schwerfälligere Maschine ist. Besser, solider und nachhaltiger betrieben bleiben daher Privatunternehmungen im Zweifelsfalle immerhin als Actienfabriken.

Man sage nicht, wenn dem so sei, so sei ein schrankenloses Actienwesen kein gefährlicher Nebenbuhler der Privatunternehmungen. Uebermacht des Capitals ist immer gefähr-

lich, sie mag mit mehr oder weniger Glück arbeiten. Es giebt sogar keinen gefährlicheren Concurrenten, als einen solchen, der sich zu Grunde richtet, zumal wenn er mit ungeheuren Mitteln ausgerüstet es lange aushalten kann, und wenn an seine Stelle wieder Andere treten, welche es ebenso treiben. Auch richten sich natürlich nicht alle Actiengesellschaften zu Grunde, wenn sie auch zum Theil geringe Erträge geben. Denn das Geld der Actionäre steckt einmal darin und ist aus Gebäuden, Maschinen &c. nicht wieder herauszuziehen. Die Actionäre können ihr ganzes Capital eingebüßt haben und das Etablissement kann für Rechnung ihrer Gläubiger als Actiengesellschaft fortbetrieben werden. Und wenn nun eine Maschine da ist wie die *Credits mobiliers*, welche die Bestimmung hat und sich in der inneren Nothwendigkeit befindet, stets wieder neue Actienunternehmungen zu gründen, so ergibt sich von selbst, von welchen Folgen dieß für die Privatunternehmer sein muß. Ganz mit Recht ist aber von wissenschaftlichen Notabilitäten der Volkswirtschaft in Frankreich schon darauf aufmerksam gemacht worden, daß diese Gefahr für die Privatindustrie mit dem Fortbestande und der Ausdehnung der Unternehmungen für *Creditmobiliers*-Zwecke sich in dem Maße herausstellen werde, als die Creditbanken die Eisenbahnen &c. öffentliche Unternehmungen erschöpft haben und ge-
nötigt sein werden, mit ihrer Gründung von Actienunternehmungen in dem Gebiete des Handels und der Industrie weiter als bisher und immer weiter und weiter um sich zu greifen. Gewiß aber liegt eine große gesellschaftliche Gefahr in dem Bestande und der schrankenlosen Zulassung von privilegierten Anstalten, deren Wirkung aus inneren Gründen dahin geht, die unabhängige Existenz, die Blüthe und das Gedeihen der Einzelunternehmungen und somit des höheren Bürger- und des Mittelstandes fort und fort zu untergraben und diesen in

die Reihen des Proletariats hinabzustößen, aus welchen die Erhebung um so schwerer wird, je mehr ein colossaler Gewerbsbetrieb durch Actiengesellschaften zur Regel erhoben wird.

Wir müßten es daher nach allem seither Gesagten als einen großen Fehler betrachten, wenn die deutschen Staaten sich in dem Handelsgesetzbuche durch schrankenlose Zulassung der Commandit-Actiengesellschaften die Mittel abschneiden würden, diesen Nachtheilen vorzubeugen; wenn sie daher nicht wenigstens diese Form von Actiengesellschaften ebenso wie die der anonymen Actiengesellschaften von der Prüfung, Genehmigung und Oberaufsicht des Staates abhängig erklären würden.

Wir behalten uns vor diese Seite der Sache noch besonders in Beziehung auf Actienbanken zu betrachten.

7.

Wir haben bis jetzt die Gründe erörtert, welche gegen die Aufnahme des Instituts der Commandit-Actiengesellschaften in das deutsche Handelsgesetzbuch, oder, wenn diese Aufnahme beschlossen werden sollte, jedenfalls dafür sprechen möchten, daß solche Actiengesellschaften hinsichtlich des Erfordernisses einer Staatsgenehmigung ebenso behandelt werden wie die anonymen Actiengesellschaften, d. h. daß sie nicht ohne vorgängige solche Genehmigung errichtet werden dürfen.

Sollten aber die Gründe, welche uns für die eine oder die andere dieser Maßregeln (für das Verbot der Errichtung von Commandit-Actiengesellschaften oder wenigstens für Abhängigerklärung derselben von Staatsgenehmigung) dringend zu sprechen scheinen, von der deutschen Handelsgesetzgebung nicht für zureichend erkannt werden, so dürfte es, bei reifer Erwägung, wohl um so nothwendiger erscheinen, wenigstens die Errichtung von **Banken** als Commandit-Actiengesellschaften zu

verbieten, und, wenn man selbst bei diesem Verbote Bedenken trüge, doch allerwenigstens die Errichtung von Commandit-Actienbanken von einer Staatsgenehmigung abhängig zu machen.

Dem daß auch vollends das Actienbankwesen als freie Pürsch durch ganz Deutschland und Oestreich den Liebhabern der Jagd auf die Beutel von 70 Millionen Menschen freigestellt werde, dieß kann doch wahrhaftig Niemand weniger beabsichtigen als die preussische Regierung, deren besonnenem und staatsklugen Einhaltthun gegen die Ueberstürzungen des Actienbankwesens Deutschland so wesentlichen Dank schuldig ist, und welche — wir glauben uns darin nicht zu irren — das Hereinschlüpfen großer Actienbanken durch die Hintertür der Commandit-Actiengesellschaft schon bisher ungerne genug gesehen haben dürfte, auch, wenn wir nicht ganz unrichtig belehrt sind, wirklich ungerne genug gesehen hat.

In der That, wovon handelt es sich? Wenn man jedem Speculanten den freien Lauf läßt, zu thun was er will, Actienbanken in Deutschland und Oestreich als Commandit-Actiengesellschaften zu errichten, so viel und wo er will, was wird die Folge sein? Wer speculirt, sucht natürlich zu gewinnen, so viel, nicht so wenig als möglich. Die Speculanten werden also, der Concessionseinkolungen ledig, thun, was sie seit einigen Jahren mit allen Kräften bei den Regierungen, in deren Länder sie einer Concession bedurften (und dieß war im größten Theil des deutsch-österreichischen Vereins der Fall), durchzusetzen suchten und allerdings theilweise durchgesetzt haben: sie werden solche Actienbanken errichten, welche ihren Theilhabern die größten Dividenden versprechen, deren Actien daher von ihren Gründern mit dem höchsten Agio verschachert werden können. Welcher Art sind nun diese Banken? Ganz sicherlich nicht einfache Depositen-, Disconto- und Wechselbanken, d. h. Ban-

fen, welche mit ihrem Grundcapital und mit den ihnen zeitlich gegen Verzinsung anvertrauten Geldern Wechselgeschäfte treiben und Wechsel discountiren. Diese einfachen Bankgeschäfte, wie sie jeder Privatbankier betreibt und zu welchen man keiner Actienbanken bedarf, mit welchen übrigens die zur Banknotenausgabe nicht berechtigten joint-stock-banks in London und anderwärts in England sehr einträgliche Geschäfte machen, sind nicht im Geschmaack unserer meisten heutigen festländischen Bankspeculanten, welche einen ganz andern Ehrgeiz haben. Ihnen leuchten die Vorbilder ganz anderer Bilanzen und, im Prospect auf solche, ganz anderer Agiogewinne an den Actien der Banken, deren Programme ihr Californien sind. Ihnen gilt es, Actienbanken zu gründen:

- 1) für Creditmobiliers-Operationen, d. h. zur fortwährenden Gründung von Actiengesellschaften jeder Art, jedes Namens und Aushängschildes, deren Actien sich auf der Börse mit Agio verschachern lassen, zum Handel mit Werthpapieren jeder Art, zum Report, mit einem Worte: zur wucherlichen Ausbeutung des Publicums im Mercurstempel des Marktes mit Werthpapieren;
- 2) für Zettelausgabe, d. h. für die Fabrikation fictiven Geldes, weil es natürlich ein gewinnreiches Geschäft ist, mit Geld, das man selbst, so zu sagen aus Nichts, geschlagen hat, verzinsliche Geschäfte zu machen, heißen diese nun Wechseldiscount-, Lombardgeschäfte oder wie immer.

Was nun die erstere Gattung von Geschäften, die Creditmobiliers-Operationen betrifft, so glauben wir in unserm vorangegangenen Artikeln ihre hohe Gemeenschädlichkeit und die großen gesellschaftlichen und staatlichen Gefahren gezeigt zu haben, welche mit diesem wucherlichen Treiben verbunden sind. Der scandalöse Gewinn, welchen die Speculation durch Empor-

schnellen der Course von den Actien solcher Creditbanken zum Theil bis zu mehreren hundert Procent ihres Nennwerthes einzuthun wußte; der Zahlenbeweis der wucherlichsten Ausbeutung des Publicums durch den Actienhandel und die Börsenoperationen dieser Banken, welcher in ihren nicht minder scandälösen Dividenden vor den Augen vor Europa liegt; der Ruin so Vieler, welche die Actien dieser Banken um Preise kauften, die vielleicht kurze Zeit darauf auf $\frac{1}{3}$, ja auf $\frac{1}{2}$ herabstürzten; das Fieber der Speculationswuth, welches dadurch in das Publicum geworfen; die Abwendung von der Arbeit, dem honetten Erwerbe und der Sparsamkeit, welche dadurch unter dem Handels- und Gewerbestande und in allen Schichten der Gesellschaft verschuldet; die Entsittlichung, welche wie zu Law's Zeiten dadurch verbreitet wurde; — dieß Alles ist noch nicht die schlimmste Seite dieser Gattung von Actienbanken. Ihre gefährlichsten Wirkungen sind ihnen noch vorbehalten in der fortwährenden, grenzenlosen Schaffung neuer Actiengesellschaften, zu welchen sie das Gesetz ihrer Lebenszwecke nöthigt, und welche (wenn diese Anstalten nicht zu Sicherung der bürgerlichen Gesellschaft wieder beseitigt werden, und wenn vollends gar ihre beliebige Vermehrung schrankenlos gestattet wird) die eigentliche Grundlage des Wohlstandes und der Gesittung, den selbstständigen Gewerbe- und Handels-, ja sogar den unabhängigen Ackerbaubetrieb angreifen und gesellschaftliche Zustände vorbereiten müßte, die kein Vernünftiger und es mit seinen Nebenmenschen Wohlmeinender wünschen kann, welcher staatlichen Ansicht er übrigens angehören möge.

Was aber das Zettelgeschäft betrifft, welches so viele Bankspeculanten unserer Zeit mit Creditmobiliersoperationen in einer und derselben Actienbank zu vereinigen suchen, da man des Guten nie zu viel thun kann, so ist auch bei diesen die so ganz unberechtigte Ausbeutung des Publicums mit dem Gewinne

der Banken an ihrem fictiven Gelde noch nicht das Aergste. Das Allerschlimmste sind die übrigen volkwirthschaftlichen Wirkungen dieser Geldmacherei. Einerseits ist durch die Hunderte von Millionen fictiven Geldes, welche auf den deutschen Markt bereits geworfen sind und welche die Bankspeculation schrankenlos zu vermehren ohne Aufhören trachtet, eine Vertheuerung der Lebensbedürfnisse in Deutschland bereits hervor gebracht worden und droht mit dem Fortschreiten dieses Anzuges der Schaffung fictiver Werthzeichen immer mehr zuzunehmen, unter welcher unzählige Menschen bitter leiden, deren Einkünfte einer willkürlichen Erhöhung nicht fähig sind. Andererseits — und dieses Uebel ist ein noch viel größeres und vom nationalen Standpuncte gefährlicheres — wird der Arbeitslohn dadurch allmählig ohne Vortheil für die arbeitende Classe auf einen Standpunkt gesteigert, welcher Deutschland das Hauptelement entzieht, durch das unsere Industrie mit der vielfach bevorzugten britischen, französischen und amerikanischen zu concurriren befähigt war, nämlich die frühere Wohlfeilheit des Arbeitslohns in Deutschland, dessen Bedingung das wohlfeile Leben war. Endlich aber, und dieser Nachtheil ist vielleicht der allergrößte, ist das Zettelgeschäft der Actienbanken die unvermeidliche Quelle der Handelscrisen, mit welchen Deutschland früher verschont war. Denn der Gewinn an dem Zettelgeschäfte bringt es mit sich, daß die Zettelbanken in Zeiten ruhigen und geordneten Gewerbs- und Handelsbetriebes sich mit Zettelausgaben zum Behufe des Wechseldisconto- und Leihgeschäftes facil und immer faciler erzeugen, bis auf einmal die Ueberspeculation im Gewerbe und Handel sich kund giebt. Sobald sich aber die Zeichen dieses Zustandes blicken lassen, sobald das Wölkchen am Himmel erscheint, welches die herannahende Crise verkündigt, sind die Zettelbanken, um die Einlösbarkeit ihrer Noten zu sichern, genöthigt, ihre Zettelaus-

gaben, somit ihren Wechseldisconto und Lombard einzuschränken, ihren Zinsfuß zu erhöhen, und die Handelskrise, die Epidemie der Falliten und Bankerotte in Handel und Gewerben, das Stocken aller Geschäfte und der Arbeit sind fertig. Die Zettelbanken prahlen dann mit ihrer Vorsicht, cassiren hohe Zinse ein, bereichern sich am allgemeinen Elend und lassen sich von Kriechern und von oberflächlichen Schwägern noch als die Vorsehung des Handels und Gewerbes beräuchern, welche die Krise vorsehen und durch weise Beschränkungen gemildert habe, während sie in erster Linie durch den Mißbrauch *),

*) Wir bedienen uns dieses Ausdrucks nicht etwa als wären uns die in der Sache vielfach gäng und gäben, hievon zum Theil sehr verschiedenen, Ansichten und Darstellungen nicht bekannt, sondern gerade weil wir die Bankfragen seit einer langen Reihe von Jahren zum Gegenstande der ernstlichsten Studien aus den Gesetzesquellen, der Bankgeschichte und Literatur verschiedener Völker gemacht haben. Die Vertheidiger der Zettelbanken und ihre Jünger, deren Mancher seine volkswirtschaftliche Erziehung aus einigen Büchern oder Zeitungen, vielleicht aus dieser oder jener Brochüre eines Bankspeculanten eben erst vollendet hat, aber nur um so fecker den Männern entgegentritt, welche ihr Leben der wissenschaftlichen Begründung und der uneigennütigen Vertretung der volkswirtschaftlichen Interessen gewidmet haben, glauben Wunder, was sie Geistesreiches und Schlagendes vorgebracht haben, wenn sie die Zettelbanken mit dem Sage zu rechtfertigen suchen: diese Banken münzen verzinsliche, noch nicht verfallene Forderungen (Wechsel) von höheren und für den Verkehr unbequemen Beträgen und Uebertragungsformen in unverzinsliche kleinere Anweisungen auf Sicht aus und prägen dadurch den Credit in beliebig realisirbare und als Geld umlaufende Werthzeichen aus. Allerdings thun sie dieß; aber eben darin besteht das Unrecht und die Quelle unabsehbarer, auf jedem Blatt der Bankgeschichte verzeichneter Nachtheile, daß sie unverfallene Forderungen, welche nichts weniger als die Natur von Geld (d. h. von einem Tauschmittel von eigenem innerem Werthe) haben, noch haben können, in Scheine, denen sie die Form einer Anweisung auf Sicht geben und welche sie auf diese Weise an Geldesstatt in den Verkehr einschmuggeln, umprägen, dadurch eine Unwahrheit als Geld in Umlauf setzen, den Verkehr mit fictivem Geld aufschwellen, alle Preis- und soliden Creditverhältnisse verrücken und die Krisen recht eigentlich vorbereiten und

als welchen man in der That und Wahrheit das Zettelwesen münzwissenschaftlich und volkswirtschaftlich bezeichnen muß, die Schwinderei in Gewerben und Handel und die daraus entstandene Krise verschuldet, diese Krise aber durch die, zur Selbsterhaltung ihrer eigenen schwindelhaften Institution allerdings nothwendige, Einschränkung ihres Zettelumlaufes vollends aufs Aeußerste gesteigert haben.

Bei weitem nicht alle deutschen Staaten, ja sogar die wenigsten haben aber bis jetzt auch nur ein Gesetz, welches die Zettelausgabe ohne Staatserlaubniß verbietet. In den meisten Staaten ist es eine bloße, wiewohl allerdings ganz richtige, Folgerung aus dem Münzregal, nach welcher gewohnheitsrechtlich eine Staatserlaubniß zur Errichtung einer Zettelbank als nothwendig betrachtet wird. Nicht in allen deutschen Staaten hat man aber erkannt, was in England, Frankreich, Nordamerika, Belgien, Holland mit Recht als verfassungsmäßiges Axiom gilt, nämlich daß hiezu in jedem Rechtsstaate ein Akt der Gesetzgebung gehört. Wenn irgend etwas, so berühren die Bestimmungen über das Geld, also über den Werthmesser alles beweglichen und unbeweglichen Eigenthums und

schaffen. Diese Nachtheile bestehen ganz unabhängig davon, ob ihnen das Glück will, daß sie vor einem plötzlichen Andrang ihrer Zettel, und somit vor der Zahlungsunfähigkeit bewahrt bleiben oder nicht, und die sogenannte Solidität, d. h. die Solvenz der Zettelbanken ist nur eine der mißlichen Seiten dieser Anstalten. Gewiß ist übrigens, daß jede Zettelbank, deren Zettelumlauf mehr beträgt als ihr Baarvorrath — und darauf beruht ja der ganze Gewinn an den Zettelausgaben — bei einem allgemeinen run (Anlauf des Publicums auf massenhafte Einkleidung der Banknoten) insolvent ist. Vor solchen runs ist aber keine Zettelbank auf die Dauer sicher, da Handels- und staatliche Krisen dazu führen. Auch lehrt die Geschichte, daß die Zettelbanken allenthalben früher oder später in die Finanzoperationen und Verlegenheiten der Staaten verwickelt werden, mag bei ihrer Errichtung darüber bestimmt worden sein, was da wolle. Die Folgen davon liegen warnend genug in der Geschichte der letzten zwei Jahrhunderte bis auf den heutigen Tag verzeichnet vor.

aller Forderungen, die Vermögensinteressen jedes Staatsbürgers als wahre Lebensfrage und können in einem wohlgeordneten Staate nach richtigen staatsrechtlichen Grundsätzen nur von der Gesetzgebung geregelt werden.

Aus all' dem dürfte zur Genüge sich ergeben, welcher unabwehrbare Fehler es wäre, Jedem, dem es einfällt, ohne staatliches Erkenntniß frei zu geben, ob er unter der Form von Commandit-Aktiengesellschaften Aktienbanken in Deutschland errichten und alle beliebigen, wenn auch noch so gemeinschädlichen, Geschäfte damit treiben wolle; ihn Creditmobiliars und (wo kein besonderes Gesetz dagegen wäre) vielleicht sogar Zettelbanken nach Gutdünken schaffen, mit ihren Operationen und Zetteln aber ganz Deutschland heimsuchen und ausbeuten zu lassen. Und dazu würde die Annahme des preussischen Entwurfs in Bezug auf die Commandit-Aktienbanken allerdings führen.

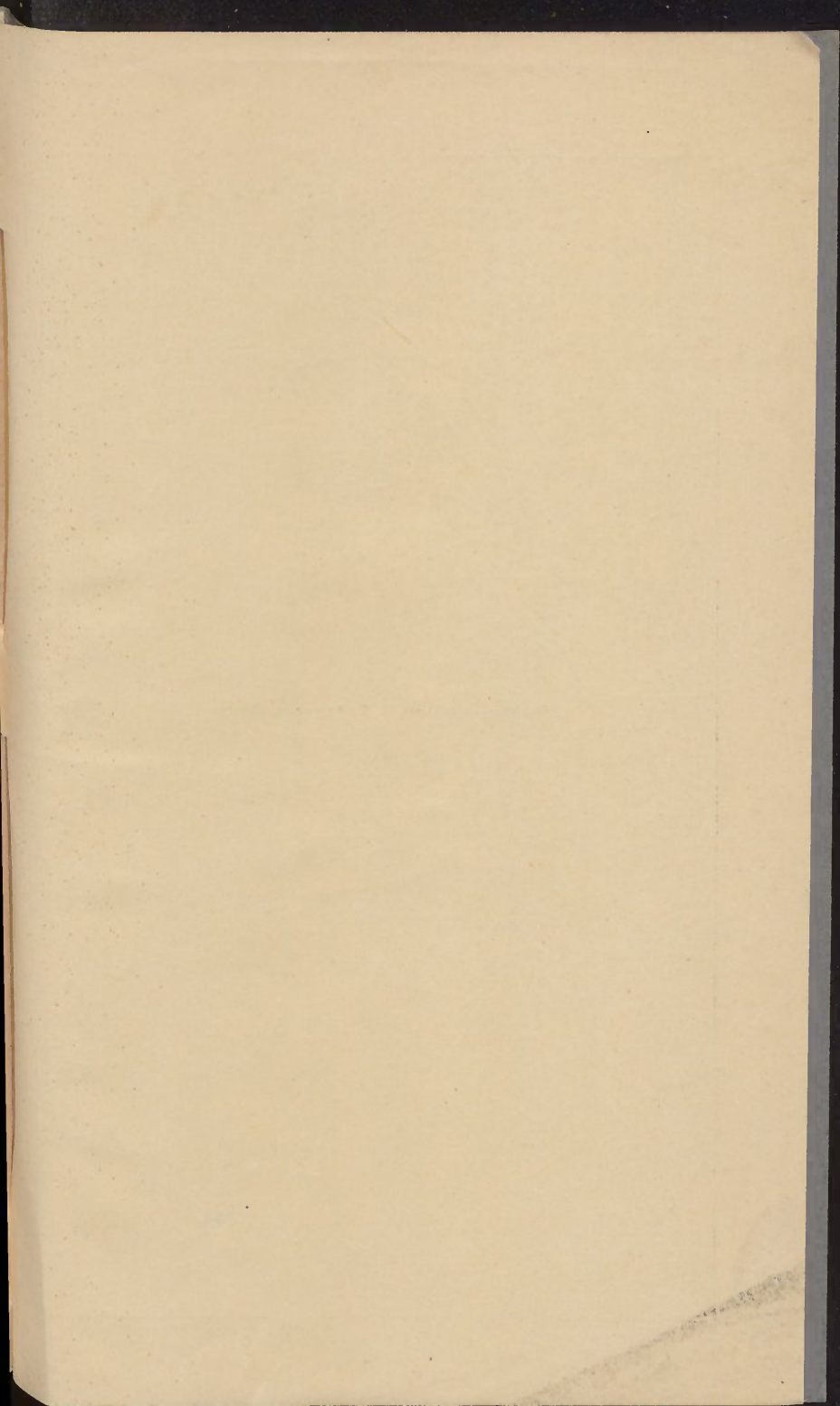
Wir schließen mit dem Wunsche, daß die deutsche Handelsgesetzgebung: 1) in erster Linie Commandit-Aktiengesellschaften überhaupt, 2) jedenfalls aber Commandit-Aktienbanken nicht zugeben möchte, und daß, wenn sie hierüber anderer Ansicht sein sollte, sie 3) doch wenigstens die Errichtung von Commandit-Aktiengesellschaften (wie die Errichtung von anonymen Aktiengesellschaften) von einer Staatsverlaubniß, 4) die Errichtung von Aktienbanken jeder Art aber von einem Akte der Staatsgesetzgebung für jeden besonderen Fall abhängig erklären, 5) unter allen Umständen aber die Zettelausgabe im Handelsgesetzbuche verbieten und bestimmen möchte, daß einer Ausnahme von diesem Verbote nur durch ein besonderes Staatsgesetz im einzelnen Falle statt gegeben werden könne. *)

*) Wenn wir diesen Vorbehalt von Ausnahmen, welche die Staatsgesetzgebung machen könne, beantragen zu sollen glauben, so ist es keines-

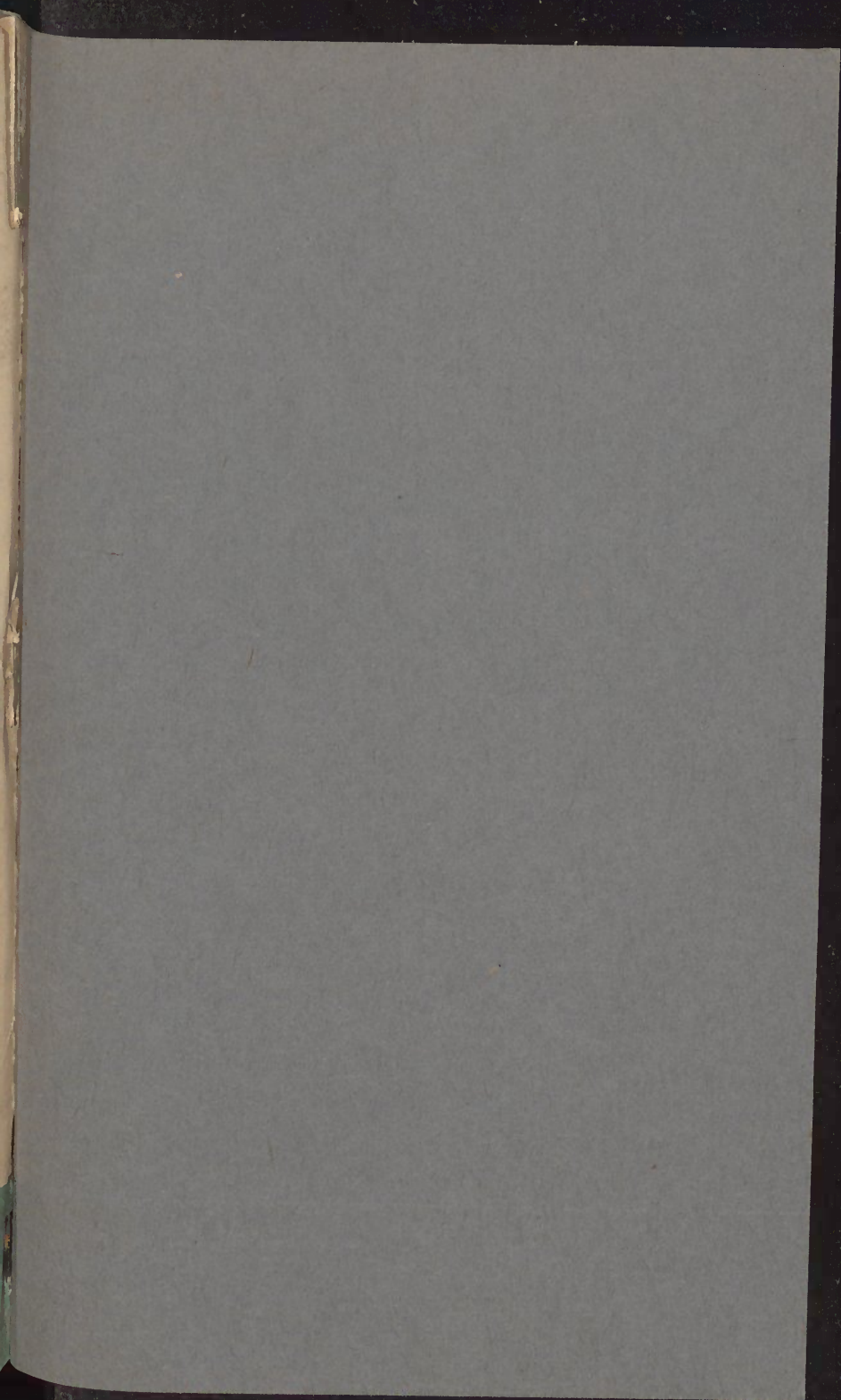
Wir glauben, daß die deutsche Handelsgesetzgebung dadurch große Nachtheile in dem deutsch-österreichischen Vereine vermeiden und wohl auch zur Reform des französischen Rechtes in den Ländern, in welchen letzteres heimisch ist, in vorstehenden Beziehungen das Ihrige beitragen dürfte. Die Verbesserungen in der Gesetzgebung einer Nation wirken auf ähnliche Reformen bei anderen Völkern in Fällen, wo das Uebel bei diesen selbst längst als ein solches anerkannt ist. Und ein solcher Fall liegt hier vor.

wegs, als wären wir für Gestattung einer solchen Ausnahme, sondern nur, weil wir uns die Schwierigkeiten nicht verbergen, welchen ein weiter gehender Vorschlag bei der Verathung des Handelsgesetzbuches voraussichtlich begegnen dürfte. Innerhalb der bescheidenen Rahme unserer obigen Wünsche aber dürfte aus Veranlassung dieser Verathung wohl eine Wahrung der öffentlichen Interessen und eine Abwehr weiterer, schrankenloser Benachtheiligung derselben sich hoffen lassen.





Schnellpressendruck von J. Kreuzer in Stuttgart.





206\$01465198